

# Wirtschaftspolitische Informationen



Wirtschaft  
Technologie | Vorstand  
Umwelt

Aktuelle wirtschafts-, technologie- und umweltpolitische Themen

Nr. 06 / 8. September 2008

## Kurz und bündig

### Sechs Gründe für kräftige Lohnsteigerungen in Zeiten unsicherer Konjunktur

- Trotz der Finanzmarktkrise wird es **nicht zu einem dramatischen Einbruch der Weltwirtschaft** kommen. Selbst pessimistische Prognosen erwarten noch kräftige Wachstumsraten vor allem in den Schwellenländern.
- In diesem Jahr wächst die deutsche Wirtschaft noch einmal kräftig. Der **Außenhandel bleibt** trotz der weltwirtschaftlichen Turbulenzen der **Wachstumsmotor**.
- Im nächsten Jahr droht eine Abschwächung der Konjunktur. Nur eine stärkere **Binnennachfrage kann das Wachstum stabilisieren**.
- Die **Metallindustrie** ist weiterhin international ausgesprochen wettbewerbsstark und wächst dynamischer als die Gesamtwirtschaft.
- **Lohnerhöhungen sind von der Metallindustrie finanzierbar**. Die Lohnstückkosten sind in den letzten Jahren gefallen, die Produktivität steigt kräftig. Dementsprechend sind die Gewinne stark gestiegen.
- Die Preise vor allem für Energie und Nahrungsmittel steigen stark an. Auch **für nächstes Jahr gibt es erhebliche Preisrisiken**. Die Inflation droht die Lohnsteigerungen zu fressen. Auch wenn die Preissteigerungen zu einem erheblichen Teil importiert sind, **dürfen die Arbeitnehmer nicht darauf sitzen bleiben**. Die Gewinner des Aufschwungs können und müssen diese Last mit ihren prall gefüllten Kassen tragen.

**Autoren:** Ulrich Eckelmann, Wilfried Kurtzke, Martin Krämer, Christian Hoßbach

## Tarifrunde 2008/09 in der Metallindustrie Sozialökonomische Rahmenbedingungen

Die Tarifrunde 2008/09 findet in einem unsicheren Konjunkturklima statt. In diesem Jahr wächst die Wirtschaft insgesamt noch kräftig, auch wenn das zweite Quartal schwach war. Der konjunkturelle Aufschwung verliert an Kraft, ohne jedoch in eine Rezession abzugleiten. **Mehr als die Finanzmarktkrise ist die chronisch schwache Binnennachfrage die größte Belastung.** Zudem drohen die Lohnsteigerungen von der Preissteigerung gefressen zu werden. Der Verteilungskampf wird härter. Die Beschäftigten fordern und benötigen ihren gerechten Anteil, auch wenn die Renditeträume dann nicht mehr in den Himmel wachsen.

Die M+E-Industrie befindet sich in einer robusten Verfassung. Auch wenn sich das Wachstum im nächsten Jahr deutlich abschwächt, entwickelt sie sich weiterhin dynamischer als die Gesamtwirtschaft. Trotz der Abkühlung der Weltkonjunktur bleiben der Welthandel und damit die Exporte der Wachstumsmotor der deutschen Konjunktur und ganz besonders der Metall- und Elektroindustrie. Auch der Boom bei den Ausrüstungsinvestitionen, von dem die M+E-Industrie besonders profitiert, läuft nur langsam aus. Die Finanzierungs- und die Gewinnsituation in der M+E-Industrie ist immer noch ausgezeichnet. Die Kassen sind gefüllt. Kräftige Lohnsteigerungen sind auch bei einer Abkühlung der Konjunktur zu finanzieren. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Ein deutliches Plus in der Lohntüte wäre auch ein wichtiger Beitrag zur binnenwirtschaftlichen Stabilisierung der schwächer werdenden Konjunktur.

### Arbeitnehmer am Aufschwung beteiligen!

#### Löhne bleiben weit hinter Gewinnen zurück

Einkommenszuwächse 2004 bis 2007 in Prozent



Gewinne

Löhne

\* 40 M+E-Unternehmen aus dem DAX30, M-DAX, S-DAX, Tec-DAX  
Quelle: Statistisches Bundesamt (VGR, Industriestatistik), IGM Bilanzauswertungen, Gesamtmetall auf Basis Bundesbank und ifo

# 1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

## 1.1 Weltwirtschaft bleibt auf Wachstumskurs

### Finanzmarktkrise

Eine Vorhersage der wirtschaftlichen Entwicklung ist zur Zeit besonders schwierig. Die Folgen der internationalen Finanzmarktkrise lassen sich kaum überblicken. Seit über einem Jahr wird die Weltwirtschaft von der Finanzmarktkrise erschüttert, die in den USA mit der Krise der Subprime-Kredite ihren Ausgang nahm. Ein Ende ist derzeit nicht absehbar. Im Gegenteil: die Erschütterungen auf den Finanzmärkten werden immer heftiger. Im März und im Juli waren die Aktienkurse weltweit stark eingebrochen. Jedes Mal sanken die Konjunkturerwartungen in den Keller, doch die realwirtschaftliche Entwicklung zeigt sich bis jetzt erstaunlich robust.

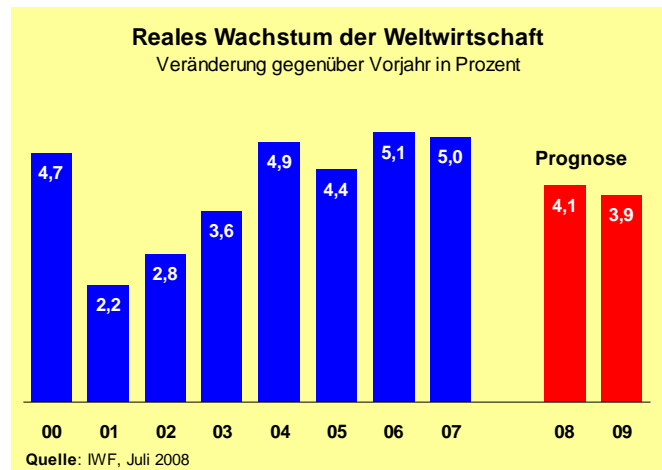
**Der internationale Währungsfond (IWF) hat in seinem Stabilitätsbericht vom April 2008 die Belastungen aus der Finanzmarktkrise auf etwa eine Billion Dollar beziffert.** Damit wäre mit den bis jetzt im Bankensektor realisierten Verlusten das Ende der Fahnenstange noch längst nicht erreicht. Der IWF reiht sich damit in die Reihe derjenigen ein, die in den aktuellen Ereignissen die schlimmste Finanzkrise seit den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts sehen.

Es besteht ein hohes Risiko, dass sich die Turbulenzen auf den Finanzmärkten über viele Kanäle auf die realen Gütermärkte übertragen. In Ländern, in denen die Immobilienpreise stark fallen, verringert sich das Vermögen vieler Menschen. Das schränkt ihre Konsummöglichkeiten ein. Bedeutsamer noch sind die Folgen von Bankenverlusten oder gar Bankenpleiten, die aus der Abschreibung fauler Kredite erwachsen. Sie können dazu führen, dass Kredite nur noch zu schlechteren Konditionen und in geringerem Umfang ausgereicht werden. Das trifft Unternehmen, die investieren wollen, ebenso wie private Haushalte, die ihre Hypotheken zahlen müssen oder sich für den Konsum verschulden wollen. Aber auch die Finanzierung von Unternehmen über Anleihen oder Aktien gestaltet sich schwieriger und teurer. Nicht zuletzt kann eine wachsende Unsicherheit zu einer Zurückhaltung der Konsumenten und einer zunehmenden Sparhaltung der privaten Haushalte beziehungsweise einer vermehrten Kassenhaltung (und damit weniger Investitionen) der Unternehmen führen.

Allerdings ist es keineswegs sicher, dass die Finanzkrise dramatische Konsequenzen für die Weltwirtschaft nach sich ziehen muss. Eine Reihe von Faktoren wirken stabilisierend auf die weltweite wirtschaftliche Entwicklung:

- *Hohe Liquidität der Produktionsunternehmen*  
Jahrelang haben die Unternehmen gute Geschäfte gemacht und hervorragend verdient. Deshalb stehen gerade die Produktionsunternehmen heute weltweit finanziell mit einem guten Polster da - sogar in den USA, dem Zentrum der Krise. Sie sind auf Fremdfinanzierungen kaum angewiesen.
- *Kräftige Impulse der Wirtschaftspolitik*  
Gerade in den USA, die von der Krise am stärksten getroffen sind, steuert sowohl die Geld- als auch die Finanzpolitik kräftig gegen die Krise. Es ist damit nicht sicher, wie stark der negative Impuls aus den USA sein wird und wie stark er auf die Weltwirtschaft überwältigt wird.
- *Wachstum in den Schwellenländern*  
Die Schwellenländer befinden sich in einem stürmischen Prozess der Industrialisierung. Dieser grundlegend positive Trend wird durch die Finanzmarktkrise nicht aufgehoben. Diese Staaten werden weiter sehr dynamisch wachsen und weiterhin eine maßgebliche Triebkraft der Weltkonjunktur sein.

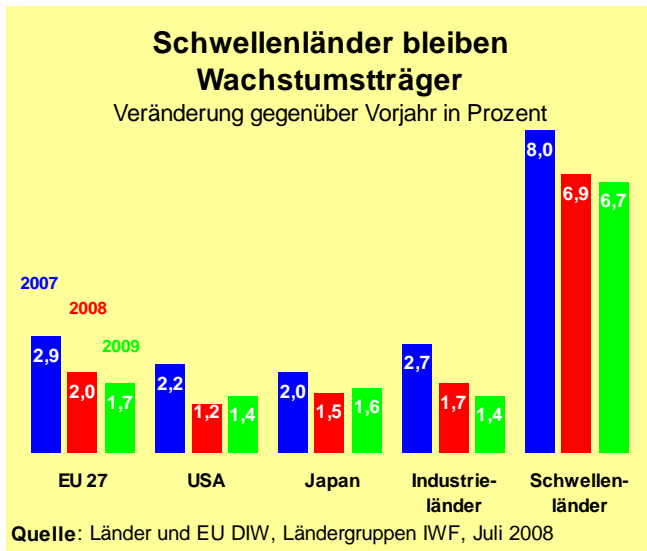
**So halten sich die erwarteten Folgen, selbst unter den eher pessimistischen Annahmen des IWF, in Grenzen.** Daher wird es in diesem und im nächsten Jahr **allenfalls eine leichte weltwirtschaftliche Wachstumsabschwächung** geben. Zwar haben viele Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumseinschätzung nach unten korrigiert, doch eine reale Zunahme der weltweiten Wirtschaftsleistung um 4,1 Prozent in diesem und von 3,9 Prozent im nächsten Jahr ist immer noch sehr kräftig und weit von ernsthaften Krisenszenarien entfernt.



### Welthandel expandiert

Vor diesem Hintergrund wird auch der Welthandel weiter kräftig expandieren. Der IWF erwartet in seiner Vorhersage eine Zunahme des Welthandelsvolumens von 5,6 Prozent in 2008 und von 5,8 Prozent in 2009. Das wäre gegenüber 2007 (6,8 Prozent) nur eine leichte Abschwächung. Für eine stark exportorientierte Ökonomie wie die deutsche bestehen auf dieser Basis auch weiterhin gute Marktchancen.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen von einer gespaltenen Entwicklung aus. Insgesamt soll sich das Wachstum in den Industrieländern wegen der Finanzmarktkrise merklich abschwächen. Insbesondere die USA sind davon betroffen. In der Europäischen Union und in Japan sollen die Wachstumsverluste dagegen nicht so stark ausfallen. Und in den Entwicklungsländern sind auch in diesem und im nächsten Jahr Wachstumsraten von deutlich über sechs Prozent zu erwarten. Die nachholende Entwicklung vieler Schwellenländer kann nach dieser Prognose von den Finanzmarkturbulenzen nicht gestoppt werden.



### Keine Rezession in den USA

Anfang Juli meldete sich die Finanzmarktkrise in den USA mit einem Paukenschlag zurück: Der Immobilienfinanzierer Indymac war zahlungsunfähig und musste Insolvenz anmelden. Dies ist die größte Bankenpleite in den USA seit den achtziger Jahren. Die beiden größten Immobilienfinanzierer Freddie Mac und Fannie Mae konnten nur durch staatliche Hilfen vor der Katastrophe bewahrt werden. Der Vorfall zeigt: Der Crash auf dem Immobilienmarkt zieht immer noch tiefe Spuren ins amerikanische Finanzsystem, die Risiken sind noch nicht überwunden.

Trotzdem kommen aus den USA aktuell eher positive Signale. Monatelang sahen Analysten die USA bereits tief in einer Rezession versunken. Nach statistischen Revisionen zeigt der Ende August vom US-Handelministerium veröffentlichte Datenstand für das erste Halbjahr **bessere Wirtschaftszahlen als von allen erwartet**. Im ersten Quartal stieg die Wirtschaftsleistung gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal um 0,9 Prozent, **im zweiten Quartal um 3,3 Prozent**. Auch wenn noch weitere statistische Revisionen zu erwarten sind, zeigen die Daten doch alles andere als einen dramatischen Kriseneinbruch.

### US-Geld- und Finanzpolitik bekämpfen Finanzmarktkrise

Die Geld- und Finanzpolitik kämpft in den USA kräftig gegen

die Krise an. Die amerikanische Notenbank FED hat neben kurzfristigen Maßnahmen zur Liquiditätsversorgung des Bankensektors auch die Leitzinsen massiv gesenkt. Die Leitzinsen wurden von über fünf Prozent in kurzer Zeit auf nur zwei Prozent gesenkt. Damit ist die Geldpolitik in den USA erheblich expansiver ausgerichtet als im Euroraum. Die Geldpolitik hat sich bisher, etwa in der Krise 2001, als außerordentlich starke Waffe zur Ankurbelung des Wachstums erwiesen. Allerdings ist nicht ganz klar, ob diese Erfahrungen in die heutige Entwicklung übertragbar sind. Da beispielsweise der Interbankencreditmarkt weitgehend zusammengebrochen ist und die Banken bei ihrer Kreditvergabe gegenüber Unternehmen und privaten Kunden deutlich restriktiver geworden sind, ist unklar, ob Zinssenkungen so stark wirken wie bisher.

Auch die Finanzpolitik versucht die Krise in den Griff zu bekommen. Ein **Konjunkturprogramm von 170 Milliarden US-Dollar** (100 Milliarden Steuergutschriften für private Haushalte, 70 Milliarden Steuervergünstigungen für Unternehmen) stützt die Nachfrage.

Erste Erfolge der Politik zeigen sich. Die Situation der Produktionsunternehmen ist weiterhin gut. Sie sind auch nur begrenzt auf günstige Fremdfinanzierungen angewiesen und deshalb von der Finanzmarktkrise nicht so stark betroffen. Die Einzelhandelsumsätze steigen infolge wachsender Kaufkraft durch die staatlichen Konsumanreize kräftig an. Nach Schätzung von Bankexperten steigert das Konjunkturprogramm das Wachstum in den USA in diesem Jahr um 1,4 Prozentpunkte.

Das zweite Standbein der Wirtschaftsentwicklung ist der Außenhandel. Durch den Verfall des Dollarkurses sind amerikanische Waren auf den Weltmärkten billiger geworden. Das stärkt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Industrie. So ist im zweiten Quartal 2008 der Export um 13,2 Prozent gestiegen, der Außenhandel trug 3,1 Prozentpunkte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Damit verringerte sich auch das Außenhandelsdefizit.

Auch wenn die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte nicht unterschätzt werden sollten, ist eine pessimistische Prognose für die USA eher unbegründet. Das DIW erwartet nach einem Wachstum von 2,2 Prozent im Jahr 2007 nur eine Wachstumsdelle. 2008 soll die US-amerikanische Wirtschaft um 1,2 Prozent und 2009 um 1,4 Prozent wachsen. Noch optimistischer ist die DEKA-Bank. **Sie rechnet für 2008 mit einem Plus von 1,7 Prozent und in 2009 von 2,0 Prozent.**

### Schwellenländer expandieren weiter

Die Schwellenländer bleiben in allen Prognosen der Wachstumsmotor der Weltwirtschaft. Zwar wird auch hier eine leichte Wachstumsabschwächung erwartet, doch bleibt der Zuwachs mit fast sieben Prozent sehr kräftig. Auch Konjunkturpessimisten wie der IWF erwarten für die aufstrebenden Schwellenländer China (9,7 Prozent) und Indien (8,0 Prozent) eine kaum nachlassende Wirtschaftsdynamik.

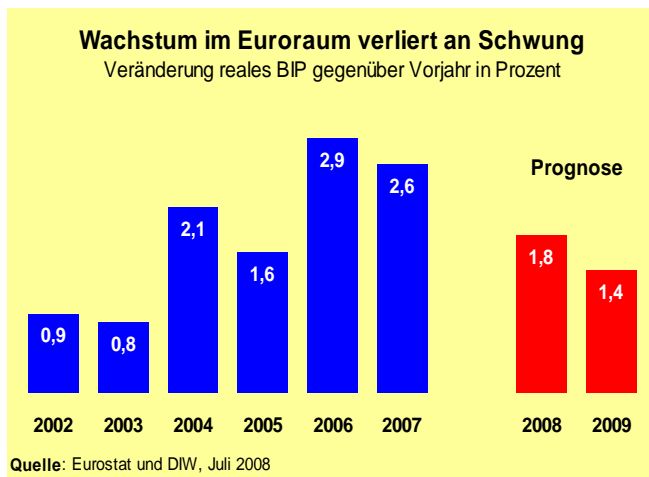
In der aktuellen Prognose des DIW (Juli 2008) wird für China ein Wachstum von 9,9 Prozent (2008) und 8,8 Prozent (2009) erwartet, für Indien von 9,0 Prozent (2008) und 8,2 Prozent (2009). Zwar werden die Expor-

te dieser Länder in die USA zurückgehen, doch der Prozess der Industrialisierung wird nicht zum Erliegen kommen. In China entfallen inzwischen über 80 Prozent der Nachfrage auf die Investitionen der Unternehmen und den privaten Konsum. Der Export hat nicht mehr die absolut dominierende Rolle. Die Ansteckungsgefahr durch die Finanzmarktkrise ist deshalb begrenzt. Damit bieten sich gerade für deutsche Exporteure von Investitionsgütern dort weiterhin gute Marktchancen.

Auch Russlands Ökonomie expandiert weiterhin kräftig. In diesem Jahr soll die Wirtschaftsleistung um 7,2 Prozent zulegen, im nächsten Jahr immerhin noch um 6,5 Prozent. Russland profitiert wie alle rohstoffreichen Staaten sehr stark vom kräftig gestiegenen Preis für Energie und andere Rohstoffe. Die Märkte der Rohstofflieferanten werden sich weiter sehr kräftig entwickeln und diese Länder werden in verstärktem Umfang Güter auf dem Weltmarkt einkaufen. **Dieser Nachfrageschub ist die positive Kehrseite des Preisanstiegs bei Energie und Rohstoffen.**

### **Schwache Wachstumsdynamik in Europa**

In Europa fällt die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend auseinander. Auf der einen Seite stehen die neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, die fast durchweg kräftig expandieren und eine nachholende Entwicklung erfahren, allen voran Polen, Tschechien und die Slowakei. Das DIW erwartet für 2008 ein Wachstum in den Beitrittsländern von 6,7 Prozent und für 2009 von 5,6 Prozent.



Auf der anderen Seite gibt es europäische Staaten, die selbst mit einem überhitzten Immobilienmarkt zu kämpfen haben, der die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet. Das sind vor allem Spanien, Irland und Großbritannien. Dort überwiegen die Risiken für die künftige Entwicklung. Für den Euroraum insgesamt zeichnet sich eine deutliche Abkühlung der Konjunktur ab. Neben den mittelbaren Folgen der Finanzkrise, die aus den USA überschwappt, bremsen eine verfehlte Wirtschaftspolitik, der hohe Euro-Kurs und die teuren Rohstoffe das Wachstum. Eine Rezession oder ein kräftiger Wachstumseinbruch sind aber nicht zu befürchten. Die Entwicklung verliert allmählich an Dynamik. 2008 soll das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum noch um zwei Pro-

zent zulegen. Für 2009 wird ein Wachstum von nur noch 1,4 Prozent erwartet.

## **1.2 Deutschland: Schwächeres Wachstum, aber keine Rezession**

In Deutschland ist die wirtschaftliche Entwicklung aktuell einer Reihe von Belastungen ausgesetzt. Die Konjunktur hat ihren Höhepunkt überschritten, eine merkliche Abkühlung ist zu erwarten. Risikofaktoren sind:

- Krise der Finanzmärkte
- Stark steigender Eurokurs
- Steigende Rohstoffpreise
- Weltweite Wachstumsabschwächung
- Nachfrageschwäche durch ungleiche Verteilung
- Restriktive Finanzpolitik
- Restriktive Geldpolitik

In der medialen Wahrnehmung nimmt die Finanzmarktkrise bei den Belastungsfaktoren einen prominenten Platz ein. Tatsächlich hat sie weltweite Folgen und ist auch noch nicht überwunden. Doch die unmittelbaren Folgen **der Finanzmarktkrise in Deutschland sind bisher gering.** Auch wenn Risiken bestehen, so spricht nicht viel für eine Eskalation der Krise hierzulande. Die Konditionen bei der Kreditvergabe der Banken sind zwar restriktiver geworden, das Kreditvolumen geht bisher allerdings nicht zurück. Eine Kreditklemme zeichnet sich in Deutschland nicht ab.

Angesichts der vielfältigen Belastungen, die nur teilweise mittelbare Folgen der Finanzmarktkrise sind, **ist der Zustand der deutschen Ökonomie erstaunlich robust.** Die erwartete merkliche Abkühlung wird von den Prognostikern weiter nach hinten geschoben. Den aktuellen Prognosen zufolge wird die Abkühlung im Spätsommer 2008 einsetzen und bis zum Frühsommer 2009 andauern.

### **2008: Robuste Konjunktur**

Anfang dieses Jahres haben noch alle Institute damit gerechnet, dass sich die Konjunktur in 2008 merklich abkühlen wird. Alle Prognosen für das Wirtschaftswachstum lagen unter zwei Prozent. Nach erheblichen Turbulenzen auf den Finanzmärkten und einem Börsencrash wurden die Prognosen nach unten korrigiert.

Tatsächlich war die deutsche Ökonomie jedoch mit Voll-dampf ins Jahr 2008 gestartet. Kalenderbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum real um 2,6 Prozent an. Reihenweise wurden seitdem die Prognosen wieder nach oben korrigiert. An die Spitze der positiven Einschätzungen hat sich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit seiner aktuellen Konjunktüreinschätzung vom Juli 2008 gesetzt. Danach soll die Wirtschaftsleistung im Jahr 2008 um 2,7 Prozent zulegen und damit sogar das vergangene Jahr übertreffen. Aber auch die meisten anderen Prognosen liegen inzwischen deutlich über zwei Prozent. Besonders skeptisch ist noch das Institut für Makroökonomie und Kon-



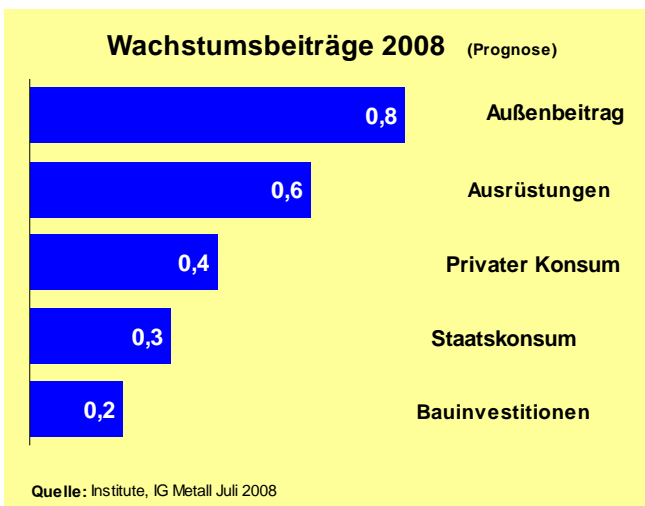
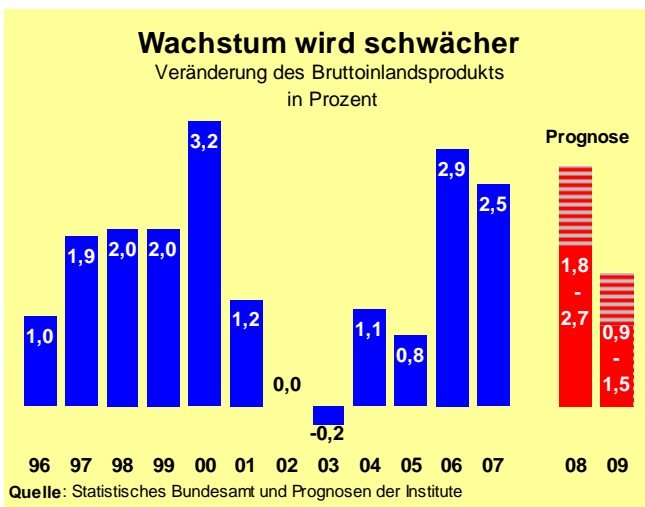
junkturforschung (IMK), das lediglich ein Wachstum von 1,8 Prozent prognostiziert.

Wie allgemein erwartet, fiel das zweite Quartal deutlich schwächer aus. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nahm die reale Wirtschaftsleistung (kalenderbereinigt) um 1,7 Prozent zu. Gegenüber dem starken ersten Quartal fiel sie sogar schwächer aus.

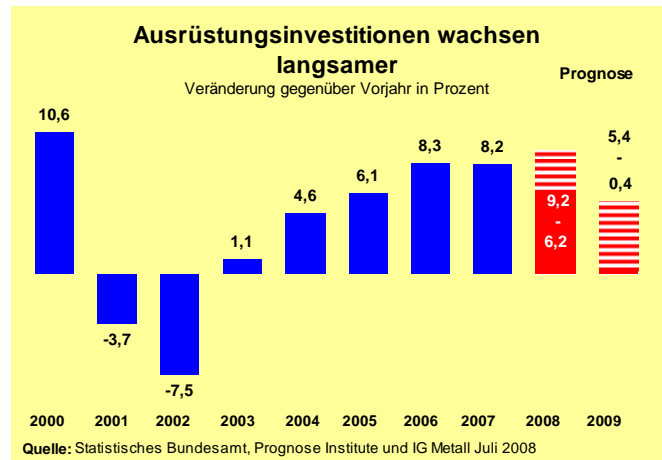
Nach der Prognose des DIW bleibt es bei einem kräftigen Wachstum fürs ganze Jahr. Die Wachstumsdynamik soll sich im Jahresverlauf zwar abschwächen, durch das bereits im ersten Quartal erreichte hohe Niveau bleibt es aber bei einem kräftigen Wachstum in diesem Jahr. Auch wenn die anderen Institute etwas pessimistischer sind, sehen sie diese Entwicklung grundsätzlich ähnlich.

gende Ausfuhren (+7,8%) und nicht ganz so stark zunehmende Einfuhren (+7,1%) zurückzuführen. Ein Bestimmungsgrund dieses außergewöhnlichen Erfolges ist die Exportstruktur. Der Export vorwiegend hochwertiger Güter ist nicht so preiselastisch, diese Produkte werden nicht wegen eines günstigen Preises gekauft. Ein zweiter Bestimmungsgrund ist die regionale Verteilung der Exporte. Die aufstrebenden Schwellenländer haben inzwischen eine größere Bedeutung für die bundesdeutschen Exporte als die USA. Auch die mittel- und osteuropäischen Länder (MOL) sind ein immer wichtigerer Absatzmarkt für deutsche Produkte.

Der Wachstumsbeitrag der **Ausrüstungsinvestitionen** ist mit 0,6 Prozentpunkten etwas kleiner als der Außenbeitrag. Hier rechnet das DIW sogar mit einem stärkeren Wachstum als im vergangenen Jahr. Nachdem die Prognosen aus 2007 einen kräftigen Einbruch vorausgesagt hatten, wurden sie nun wieder nach oben korrigiert. Die Einschätzung des DIW ist an dieser Stelle allerdings sehr optimistisch. Die übrigen Institute folgen dem nicht. Die Bandbreite der Prognosen reicht von 6,2 Prozent bis zu 9,2 Prozent. Es wird zu einem allmählichen Auslaufen des Investitionsbooms kommen. Für dieses Jahr bedeutet das ein reales Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von gut sieben Prozent, was im Rahmen der Prognose des RWI liegt und zu 0,6 Prozentpunkten zum Wachstum des BIP beiträgt.



Wie im ersten Halbjahr, so wird im gesamten Jahr 2008 der **Außenbeitrag** der wichtigste Wachstumsbringer sein. Zwar schwächt er sich etwas ab, ist aber mit einem Wachstumsbeitrag von 0,8 Prozentpunkten immer noch stark. Angesichts einer kräftig wachsenden Weltwirtschaft und eines sehr starken Exportanstiegs im ersten Halbjahr 2008 ist die eher optimistische Prognose des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) plausibel. Danach ist der Wachstumsbeitrag auf weiterhin dynamisch stei-



Bei der Einschätzung des **privaten Konsums** liegen die Institute weit auseinander. Ein mittlerer Wert ist beim Anstieg des privaten Konsums wahrscheinlich. Das bedeutet ein Wachstumsbeitrag von knapp 0,4 Prozentpunkten und stellt gegenüber dem ersten Halbjahr eine deutliche Steigerung dar. Für einen stärkeren Zuwachs fehlt es an Kaufkraft, da die realen Masseneinkommen nur geringfügig steigen.

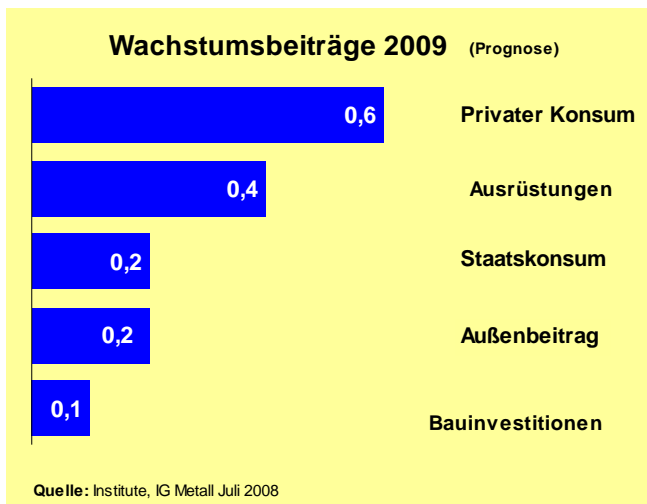
Der **Staatskonsum** und die **Bauinvestitionen** liefern beide mit 0,3 Prozentpunkten bzw. mit 0,2 Prozentpunkten nur schwache Wachstumsbeiträge. Der Staat hält sich weiter zurück und trägt nicht zur Stützung der Konjunktur bei. Nur die kräftige Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst kurbelt die Nachfrage an. Bei den Bauten ist es vor allem der Wohnungsbau, der sich nur schwach entwickelt.

Insgesamt ist mit **einem Wachstum im mittleren Bereich der Prognosen** von real zwischen zwei und 2,5 Prozent zu rechnen.

### 2009: Wachstum schwächt sich deutlich ab

Obwohl es erhebliche Unsicherheiten bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage für das kommende Jahr gibt, sind sich die Wirtschaftsforschungsinstitute erstaunlich einig. **Alle erwarten eine kräftige Abkühlung der Konjunktur**, allerdings sieht niemand Deutschland in eine Rezession mit schrumpfender Wirtschaftsleistung steuern. Die Wachstumsprognosen liegen zwischen 0,9 Prozent (IMK) und 1,5 Prozent (RWI). Allerdings erwarten auch alle eine im Jahresverlauf 2009 wieder zunehmende wirtschaftliche Dynamik.

Weitgehende Einigkeit herrscht auch bei den Ursachen des Abschwungs: die weltweiten Turbulenzen holen die deutsche Wirtschaft ein, der Außenhandel (Außenbeitrag) drückt die wirtschaftliche Entwicklung.



Die Stütze der Konjunktur soll im nächsten Jahr der **private Konsum** werden. Bis auf das IfW erwarten alle Institute einen kräftigen Anstieg der privaten Konsumausgaben. In den Prognosen von DIW und RWI wird eine Zunahme von 1,3 Prozent erwartet, was einem Wachstumsbeitrag von 0,8 Prozentpunkten entspräche. Das ist sicherlich zu optimistisch und durch einen entsprechenden Anstieg der realen Masseneinkommen nicht gedeckt. Die Institute haben Tarifsteigerungen von 2,5 Prozent bis 3,0 Prozent in ihre Prognosen eingespeist. Daraus ergibt sich ein Anstieg der Masseneinkommen (Nettolohn- und Gehaltssumme und monetäre Sozialleistungen) von etwas unter zwei bis etwa 2,5 Prozent. Real, nach Abzug der Preissteigerung, ergibt sich daraus wenig Potenzial zur Steigerung des privaten Konsums. Möglich wäre der nur, wenn es zu einem deutlichen Rückgang der Ersparnisse kommt. Wahrscheinlich ist eher ein Wachstumsbeitrag des privaten Konsums von 0,6 Prozentpunkten im nächsten Jahr. Aber auch das setzt schon kräftige Lohnsteigerungen voraus.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** liegen auf dem zweiten Platz, absolut gesehen ist ihr Wachstumsbeitrag mit 0,3

Prozentpunkten allerdings nicht mehr sehr groß. Hierin drückt sich der allmählich auslaufende Investitionszyklus aus.

Der **staatliche Konsum** bleibt mit einem Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten relativ bedeutungslos. Staatliche Programme zur Stützung der Konjunktur sind nicht in der aktuellen politischen Debatte. Die Bundesregierung sieht in der Konsolidierung der Staatsfinanzen ihre wichtigste Aufgabe.

Zum ersten Mal seit 2003 erwarten viele Institute für 2009 einen negativen **Außenbeitrag**, in der Prognose des DIW soll der Außenhandel das Wachstum um 0,4 Prozentpunkte verringern. Bemerkenswert ist, dass die Exporte immer noch kräftig um 5,2 Prozent zulegen sollen, was für die exportstarke Metall- und Elektroindustrie weiter relativ günstige Wachstumsbedingungen erwarten lässt. Der negative Außenbeitrag soll von stärker steigenden Importen bestimmt werden, die um sieben Prozent steigen sollen. Ursache sind der prognostizierte starke Anstieg des privaten Konsums – viele Konsumgüter kommen aus dem Ausland – und hohe Preise für Energie- und Rohstoffimporte. Diese kräftige Zunahme der Einfuhren ist nicht sehr wahrscheinlich, weil das DIW den privaten Konsum deutlich überschätzt. Deshalb wird es kaum zu einem negativen Außenbeitrag kommen. Realistisch ist ein geringer positiver Außenbeitrag von 0,2 Prozentpunkten, wie er in der Prognose des IMK erwartet wird.

Die **Bauinvestitionen** kommen nicht in Schwung. Ihr Wachstumsbeitrag liegt bei nur 0,1 Prozentpunkten. Bei einer unsicher werdenden wirtschaftlichen Entwicklung halten sich die Unternehmen mit Erweiterungsinvestitionen zurück. Der Wohnungsbau schwächelt seit langem. Die öffentlichen Investitionen bewegen sich weiter auf einem historisch niedrigen Niveau, obwohl es enorme Bedarfe zur Sanierung der Infrastruktur gibt.

### Zeit für ein Zukunftsinvestitionsprogramm

In der Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute wird das Ziel der Finanzpolitik in der Konsolidierung der Staatsfinanzen gesehen. Doch der Staat muss seine Aufgaben wahrnehmen: Infrastruktur, Bildung, soziale Sicherung. Damit werden auch Wachstum und Beschäftigung gestützt.

Mit der schwächeren Konjunktur werden die Arbeitsmarkterfolge kleiner. Es ist Zeit, dagegen zu handeln und nicht abzuwarten. **Um die wirtschaftliche Entwicklung zu stimulieren, ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm notwendig.** Damit werden die Voraussetzungen für ein langfristig höheres Wachstum und den ökologischen Umbau geschaffen. Die Konjunkturrisiken können damit begrenzt werden und das wirkt dann wie ein Konjunkturprogramm. Die USA, wo Steuergeschenke verteilt werden, die den privaten Verbrauch stimulieren sollen, sind dafür kein Vorbild.

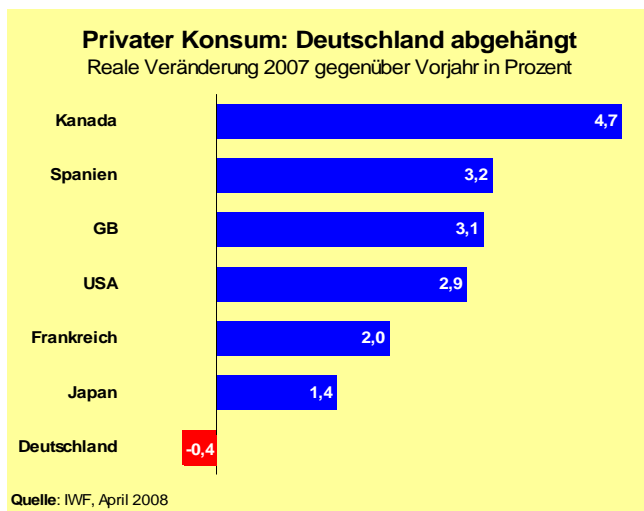
Vieles spricht für ein schwächeres Wirtschaftswachstum im Jahr 2009. Positiv zu bewerten ist jedoch, dass der Welthandel immer noch mit hohen Zuwachsraten ex-

pandieren soll und dass es überdurchschnittliche Erwartungen an die Nachfrage nach Investitions- und nach Exportgütern gibt. Das lässt darauf schließen, dass die M+E-Industrie weiterhin deutlich stärker wachsen wird als die Gesamtwirtschaft. Insgesamt ist ein Wachstum am oberen Rand der Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute von bis zu 1,5 Prozent im Jahr 2009 durchaus realistisch.

### 1.2.1 Privater Konsum entscheidend für wirtschaftliche Entwicklung

Der private Konsum ist und bleibt die entscheidende wirtschaftliche Größe für das Wachstum: Im ersten Quartal 2008 entfielen 56 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung auf den privaten Konsum. Ohne einen stärker steigenden privaten Konsum kann es keinen anhaltenden, kräftigen und sich selbst tragenden wirtschaftlichen Aufschwung geben. Der Anstoß für einen Wirtschaftsaufschwung kann durchaus von der Auslands-, der Investitionsgüter- oder der staatlichen Nachfrage kommen. Das Fundament des Aufschwungs kann aber nur der private Konsum sein.

Bisher war der private Konsum der Schwachpunkt im Aufschwung. Das Wachstum wurde fast ausschließlich von den Investitionen und dem Außenhandel getragen. Diese Asymmetrie der wirtschaftlichen Entwicklung zeigt sich im Vergleich mit früheren Phasen der Hochkonjunktur oder im internationalen Vergleich. Eine dauerhaft schwache Konsumentwicklung ist ungewöhnlich.



Die Ursache für die chronische Konsumschwäche liegt auf der Hand. Es fehlt schlicht das dafür notwendige Masseneinkommen (vor allem der Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosen). Zwar ist auch die Sparquote gestiegen, aber nur um 0,4 Prozentpunkte. Tendenziell ist sie eher niedrig, noch vor 15 Jahren war die Sparneigung größer. Dagegen befindet sich die Lohnquote im freien Fall. Auch das häufig vorgebrachte Argument neoliberaler Ökonomen, dass die Zunahme der Lohnsumme - und damit der Masseneinkommen- vor allem über mehr

Beschäftigung kommen würde, ist mit der jüngsten positiven Beschäftigungsentwicklung widerlegt.

Mehr Beschäftigung und höhere Löhne für die Beschäftigten sind notwendig. **Die aktuelle Konsumschwäche ist eine unmittelbare Folge der geringen gesamtwirtschaftlichen Lohnsteigerungen.** Vor allem Mini-Jobs, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und viele schlecht bezahlte Dienstleistungsarbeitsplätze drücken die für die konjunkturelle Entwicklung notwendige Lohnsteigerung.

Nach den Erfolgen in den Tarifrunden der letzten Monate steigen die Löhne und Gehälter wieder stärker. Trotzdem können sie mit den Gewinnen nicht Schritt halten. Nach der Prognose des DIW werden die **Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 2008 um 7,2 Prozent steigen**, die Arbeitnehmerentgelte dagegen nur 3,6 Prozent. Die Lohnquote wird also weiter sinken.

Schon seit über einem Jahr geistert der private Konsum als vermeintlich aktueller Konjunkturmotor wie ein Phantom durch die Prognosen vieler Forschungsinstitute. Auch in den Prognosen aus diesem Sommer erwarten die meisten Institute einen kräftigen Anstieg des privaten Konsums, vor allem für das nächste Jahr.

Tatsächlich fällt dem privaten Konsum im doppelten Sinne eine zentrale Aufgabe zu. Nicht nur, dass er das mit Abstand größte Nachfrageaggregat ist, er wird auch das einzige mit Wachstumspotenzial sein. Treffen die Einschätzungen der Institute zu, würden alle anderen Nachfrageaggregate als Wachstumsträger ausfallen. Bleibt der Aufschwung beim Konsum auch diesmal aus, könnte sogar eine Rezession drohen.

Die Bedingungen für ein Konsum getriebenes Wachstum sind eher ungünstig. Der Beschäftigungsaufbau ebbt langsam ab. Darüber wird also kaum mehr Lohnsumme entstehen. Eine kräftige Erhöhung von Transferzahlungen (Renten, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld usw.) zur Steigerung der Masseneinkommen ist auch nicht zu erwarten. Schließlich werden die steigenden Löhne und Gehälter durch die stark steigenden Preise wieder aufgefressen. Deshalb sind die von einem Teil der Institute erwarteten Zuwachsraten beim privaten Konsum unrealistisch. Die IG Metall rechnet mit einem Anstieg des privaten Konsums von 0,8 bis 1,0 Prozent. Aber auch das ist nur realistisch, wenn ordentliche Lohnabschlüsse erzielt werden. Nur so bleibt den Menschen das Geld, um zu konsumieren.

### 1.2.2 Starker Preisanstieg belastet Kaufkraft

Noch im vergangenen Jahr wurde von den Instituten eine deutliche Abschwächung der Preisdynamik erwartet. Verschiedene Auftriebsfaktoren für die Preise – Basiseffekte der Mehrwertsteuererhöhung und bei den Preissteigerungen für Energie - würden 2008 wegfallen oder an Wirksamkeit verlieren. Deshalb würde sich eine Preissteigerung wie im Jahr 2007 um 2,3 Prozent nicht



wiederholen. Die Inflationsrate sollte weniger als zwei Prozent betragen.

den zu einem großen Teil von den Preisen aufgefris-

**Kräftiger Preisanstieg**

Im Juli sind die Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber dem Juli 2007 um 3,3 Prozent angestiegen. Damit verharrt die Inflationsrate nach dem Juni auf dem höchsten Niveau seit Dezember 1993. Nach 2,8 Prozent im Januar und im Februar hat sich der Preisauftrieb damit sogar verschärft. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres stiegen die Verbraucherpreise um drei Prozent. Nach der ersten Vorausschau hat sich der Preisauftrieb auch im August mit 3,1 Prozent kaum verlangsamt.

Vor allem Energie und Nahrungsmittel sind die Preistreiber. Diese beiden Bereiche erklären weit mehr als die Hälfte der gesamten Preissteigerung und umfassen ungefähr 20 Prozent der Ausgaben der privaten Haushalte.

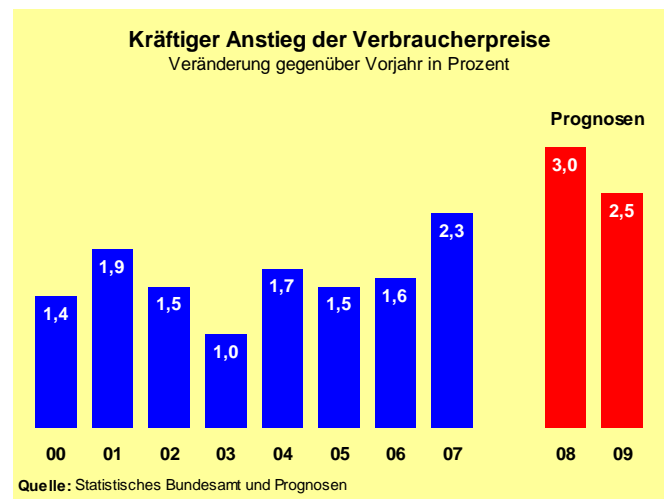
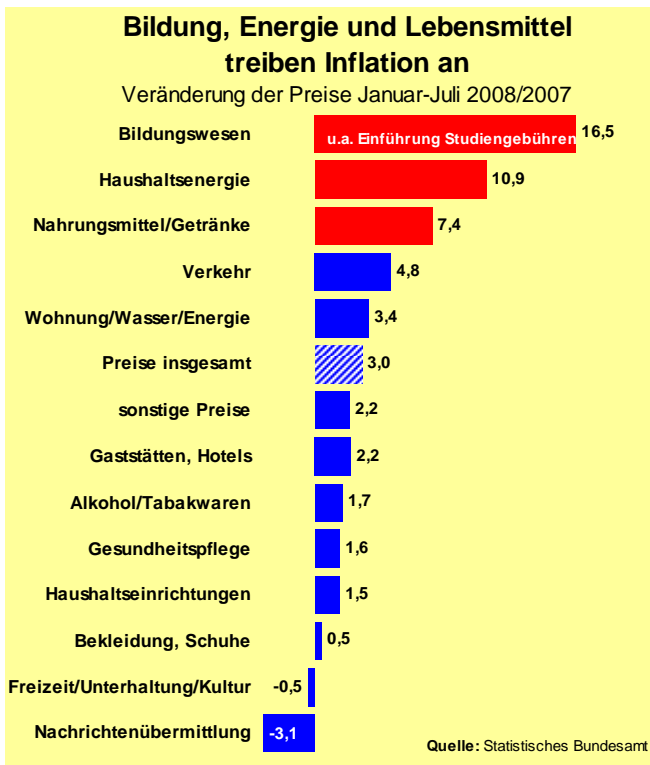
Leichtes Heizöl war im Juli 2008 59,4 Prozent teurer als im Vorjahr, Kraftstoffe um 15,2 Prozent. Bei den Nahrungsmitteln waren es vor allem Molkereiprodukte (Quark +28,4 %, Schnittkäse 27,1 %) die im Preis zulegten. Auch Pauschalreisen stiegen im Preis um 13,8 Prozent. Langlebige Gebrauchsgüter sanken dagegen im Preis ( Informationsverarbeitungsgeräte - 15,6 %).

**Importierte Inflation**

Der jüngste Preisauftrieb kommt von außen. Er ist weitgehend importiert. Die **Einfuhrpreise sind im Juli um 9,3 Prozent angestiegen**. Lohnerhöhungen sind dafür nicht verantwortlich. Diese Preissteigerungen kann die EZB nicht beeinflussen und nicht verhindern. Wenn sie mit einer Anhebung der Zinsen gegensteuert, ist dies konjunkturpolitisch kontraproduktiv. Sie kann die Konjunktur abwürgen. Zur Verdeutlichung: Lässt man die weltmarktgetriebenen Preise von Energie und Nahrungsmitteln außen vor, hätten alle übrigen Güter im Preis um 0,1 Prozent fallen müssen, nur um die Zielinflationsrate der EZB von knapp unter zwei Prozent zu erreichen. Ein völlig unrealistisches Szenario.

Kurzfristig kann gegen die gestiegenen Einfuhrpreise kaum etwas unternommen werden. Dieser Wohlstandsverlust der Gesellschaft durch verschlechterte Terms of Trade muss hingenommen werden. Genauso, wie entsprechende Wohlstandsgewinne in der Vergangenheit immer wieder „hingenommen“ wurden. Die einzig sinnvolle langfristige Reaktion sind verstärkte Bemühungen zur Energieeinsparung. Ressourceneffizienz muss noch weit stärker vorangetrieben werden. Kurzfristig kommt es vor allem darauf an, dass die Zehre für die steigende Energierechnung nicht vor allem bei den Beschäftigten hängen bleibt. Die bisherigen Gewinner dieses Aufschwungs sind gehalten, diese Kosten zu tragen.

Für das Jahr 2009 erwarten die Institute wiederum eine Abschwächung des Preistrends. Aber auch die neuen Erwartungen dürften kaum eintreten. Klar ist, dass Energie knapp und teuer bleibt. Inwieweit die derzeitigen Rohstoffpreise spekulativ überhöht sind, lässt sich kaum einschätzen. In den letzten Wochen haben die Ölpreise zwar etwas nachgegeben. Aber ob das schon eine längerfristige Trendwende ist, lässt sich noch nicht beurteilen.



Diese Erwartungen erfüllten sich nicht. Die relativ hohe Inflationsentwicklung setzte sich in 2008 nicht nur nahtlos fort, der Preisauftrieb verstärkte sich sogar noch. Vor allem der Preisanstieg bei Energie und Nahrungsmitteln hält unvermindert an. **Die Bundesbank erwartet für dieses Jahr mittlerweile einen Anstieg der Verbraucherpreise um drei Prozent.** In diesem Umfang sind die Verbraucherpreise auch in den ersten sieben Monaten 2008 angestiegen. Das hat negative Konsequenzen für die Kaufkraft. Die Lohnerhöhungen wer-

Die Bundesbank rechnet im nächsten Jahr mit einer Preissteigerung von 2,2 Prozent. Das DIW schließt sich dem an. Die IG Metall bewertet die Preisrisiken aus den genannten Gründen höher. **Wir rechnen für 2009 mit einer Inflationsrate von bis zu 2,5 Prozent.**





**Geldpolitik ist zu restriktiv**

Die Europäische Zentralbank (EZB) sieht sich in einem Dilemma. Einerseits müsste sie wegen der steigenden Preise die Zinsen anheben und die Liquidität auf dem Markt verknappen. Andererseits erfordert die Finanzmarktkrise genau die gegenteilige Reaktion. In dieser Situation hat sich die EZB für eine noch restriktivere Geldpolitik entschieden und den Leitzins um einen viertel Prozentpunkt auf 4,25 Prozent angehoben. Eine für die wirtschaftliche Entwicklung fatale Entscheidung. Denn einerseits droht sich die Konjunktur abzuschwächen und andererseits sind die Handlungsmöglichkeiten der Geldpolitik in der gegenwärtigen Situation begrenzt.

Angesichts einer drohenden Wachstumsabschwächung sind die Leitzinsen derzeit zu hoch. Um die Konjunktur zu stützen und einen zu starken Anstieg des Eurokurses zu verhindern, wären statt der Erhöhung sinkende Zinsen erforderlich. **Die IG Metall fordert sinkende Zinsen zur Stützung der Konjunktur.** Zusätzliche Inflationsgefahren würden daraus nicht erwachsen. Solange die Lohnstückkosten nicht langfristig kräftig steigen, gibt es kein Risiko einer binnengeführten Inflation.

**Wirkungskette von Zinserhöhungen**

Die Europäische Zentralbank (EZB) mit Sitz in Frankfurt am Main ist für die Geldversorgung im Euroraum verantwortlich. Dabei sieht sie sich ausschließlich der Geldwertstabilität verantwortlich. Konjunktur und Beschäftigung spielen in ihrer Geldpolitik keine Rolle.

Angehoben wurde der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Das sind faktisch die Kosten, mit denen das Geschäftsbankensystem sich refinanziert, also mit Liquidität versorgen kann. Steigende Zinsen verteuern die Geldversorgung, die Geldmenge wird tendenziell verknappt.

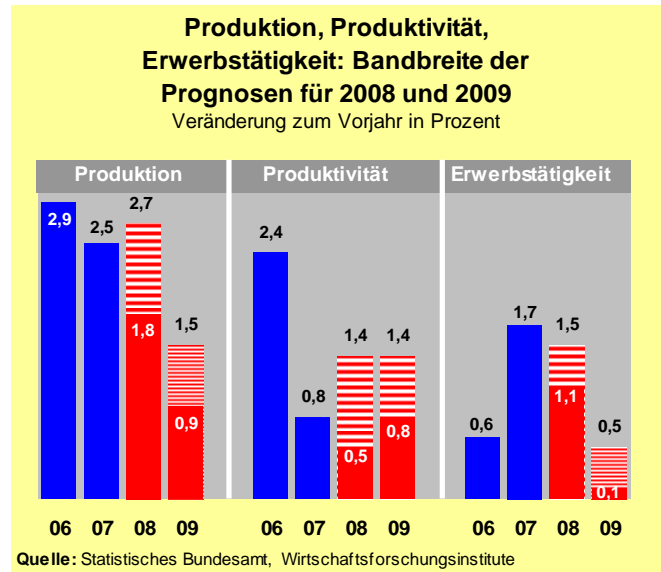
Bei einem funktionierenden Markt geben die Geschäftsbanken die steigenden beziehungsweise sinkenden Refinanzierungskosten an ihre Kunden weiter, wodurch die Geldpolitik auf die reale Warenökonomie einwirkt.

Höhere Zinsen bremsen die wirtschaftlichen Aktivitäten auf mehreren Ebenen:

- Die Fremdfinanzierung von Investitionen verteuert sich.
- Der Euro wird als Anlagewährung attraktiver. Mit der verstärkten Nachfrage steigt der Wechselkurs.
- Geldanlagen werden rentabler, was eine höhere Sparquote fördert.

**1.2.3 Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Produktivität 2008/09**

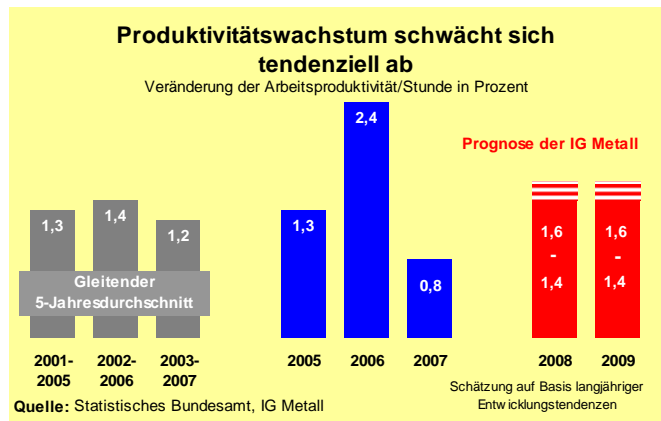
Die prognostizierte Zunahme der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde für 2008 fällt ausgesprochen schwach aus. Die Werte bewegen sich zwischen 0,5 Prozent und 1,4 Prozent. Tatsächlich war die Zunahme bereits 2007 mit lediglich 0,8 Prozent sehr gering. Vor dem Hintergrund der abkühlenden Konjunkturentwicklung fallen die Prognosen für 2009 wiederum schlecht aus.



**Produktivitätsentwicklung ungewiss**

Signifikant ist, dass der langfristige Wachstumstrend bei der Produktivitätsentwicklung schwächer wird. Doch die Faktoren, die dies bewirken, sind in der wissenschaftlichen Debatte derzeit kein Thema und kaum erforscht. Neben Basiseffekten in einzelnen Jahren – das heißt, wenn die Produktivitätsrate im Vorjahr bereits sehr hoch war, ist es schwieriger, weitere Steigerungen im Folgejahr zu erzielen – spielte längerfristig der strukturelle Wandel zu den Dienstleistungsbereichen und sicherlich auch die massive Ausweitung der prekären Beschäftigung mit geringerer Produktivität eine maßgebliche Rolle. An sich ist es eine Binsenweisheit: Bei schlechter Entlohnung sinkt die Arbeitsleistung.

Doch auch damit erklärt sich nicht, warum zum Beispiel im Jahr 2006 die Produktivität stark stieg (+2,4%) und 2007 nicht (+0,8%). Die wirtschaftlichen Rahmendaten waren in beiden Jahren sehr ähnlich: relativ kräftiges Wirtschaftswachstum, hohe Auslastung der Produktionskapazitäten, hohes Investitionswachstum und nur geringe Änderungen beim Ausmaß der prekären Beschäftigung.



Die IG Metall geht davon aus, dass die starken Ausschläge in der Produktivitätsentwicklung der Jahre 2006 und 2007 Ausreißer waren, die auch mit erheblichen



Unsicherheiten bei der Datenerfassung – vor allem beim Arbeitsvolumen – zu erklären sind. Wir rechnen in diesem und im nächsten Jahr mit einem Anstieg der Produktivität je Arbeitsstunde um 1,4 bis 1,6 Prozent. Das ist eine Bandbreite, die in der Spitze leicht über dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre liegt.

**Weniger Dynamik auf dem Arbeitsmarkt**

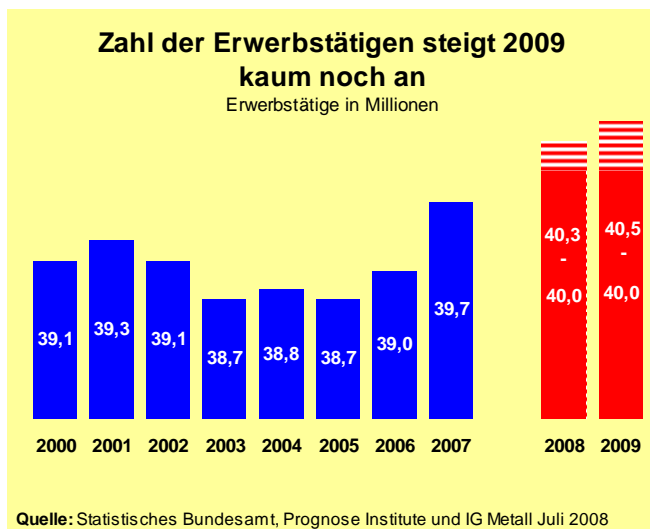
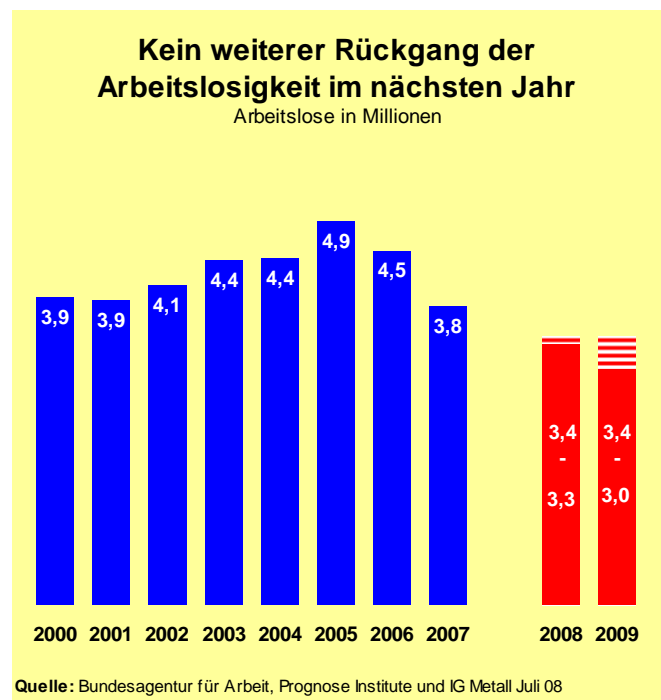
Mit dem Abflauen des wirtschaftlichen Wachstums findet auch die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt ihr Ende. Damit zeigt sich wieder einmal, dass Beschäftigungswachstum ausschließlich aus der wirtschaftlichen Entwicklung gespeist wird. Strukturen des Arbeitsmarktes spielen eine eher untergeordnete Rolle.

Die Prognose der Arbeitsmarktbilanz für 2009 sieht bei der Entwicklung des Wirtschaftswachstum und der Produktivität am oberen Rand der Prognosebandbreite so aus: Die Wirtschaft wächst um 1,5 Prozent. Bei einem Produktivitätszuwachs von ebenfalls 1,5 Prozent je Erwerbstätigenstunde wird für dieses Wachstum das gleiche Arbeitsvolumen wie im Vorjahr benötigt. Da sowohl die Zahl der Arbeitstage (Kalendereffekt) gegenüber dem Vorjahr gleich bleibt und auch die Arbeitszeit je Erwerbstätigen sich nicht verändern wird, stagniert mit dem Arbeitsvolumen auch die Zahl der Erwerbstätigen.

Entwickeln sich Produktivität und/oder Wirtschaftswachstum etwas schwächer, kann die Zahl der Erwerbstätigen leicht davon abweichen. Die Unterschiede sind allerdings gering. Das zeigt auch das Spektrum der Prognosen der Institute: da sie das Wachstum der Produktivität alle etwas schwächer einschätzen, kommt es in deren Prognosen noch zu einem leichten Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen. Die Bandbreite reicht aber lediglich von 40,0 bis 40,5 Millionen Erwerbstätige.

Nach einer kräftigen Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 675.000 im Jahr 2007 und einem für 2008 erwarteten Zuwachs von knapp 300.000 zeigt die für 2009 eher zu erwartende Stagnation bei der Erwerbstätigkeit die deutlichen Bremsspuren der Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt.

Das gleiche Bild zeigt sich bei der Arbeitslosigkeit. Hier spielen neben Wirtschaftswachstum und Beschäftigung noch andere Faktoren eine Rolle: die Entwicklung der stillen Reserve der nicht registrierten Arbeitslosen (einschließlich des Umfangs der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik) genauso wie die Entwicklung des Arbeitsangebots (beeinflusst von der Demografie, der Erwerbsneigung und der Migration). Hat in den vergangenen Jahren die Arbeitslosigkeit stärker abgenommen, als die Beschäftigung gestiegen ist, so sind die nachlassenden Konjunkturkräfte auch bei der Arbeitslosigkeit klar auszumachen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen fällt auf 3,0 bis 3,4 Millionen. Zwischen 2008 und 2009 gibt es kaum noch Bewegung. Der Abbau der Arbeitslosigkeit verlangsamt sich oder kommt sogar zum Stillstand.



## 2. Metallwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Metall- und Elektroindustrie befindet sich derzeit in einer robusten Verfassung. In den letzten fünf Jahren hat die deutsche M+E-Industrie ganz besonders vom günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld profitiert. Die Branche ist nach wie vor der Schrittmacher der deutschen Industrie: Die M+E-Produktion hat im ersten Halbjahr 2008 ein Spitzenniveau erreicht und die Auftragsbestände werden auch in den kommenden Monaten für eine hohe Auslastung der Fertigungskapazitäten sorgen. Die Beschäftigung liegt mit 3,6 Millionen nach vielen Jahren des Abbaus von Arbeitskräften nun fast wieder auf dem Niveau des Jahres 2000.

Dennoch bleibt die M+E-Industrie von den jüngsten weltwirtschaftlichen Turbulenzen nicht ganz verschont. Die Hauptregionen der Weltwirtschaft entwickeln sich unterschiedlich. Auf der einen Seite kühlt die Auslandsnachfrage wegen der Immobilien- und Finanzkrisen in vielen Ländern sowie wegen des hohen Eurokurses gegenüber einigen Fremdwährungen wie zum Beispiel dem Dollar ab. Auf der anderen Seite ist aus den meisten Schwellenländern mit einer weiterhin zunehmenden Nachfrage zu rechnen, zum Beispiel aus China, Indien, Russland, den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern sowie aus Brasilien.

Wenn auch nicht mit den kräftigen Wachstumsraten der vergangenen zwei Jahre gerechnet werden kann, so bleiben die Entwicklungsperspektiven für die M+E-Branche auch für die Jahre 2008 und 2009 doch recht günstig, zumal viele Unternehmen wegen ausgelasteter Fertigungskapazitäten ihre Anlagen erweitern müssen und auch in Zukunft von der weiter steigender Exportnachfrage profitieren.

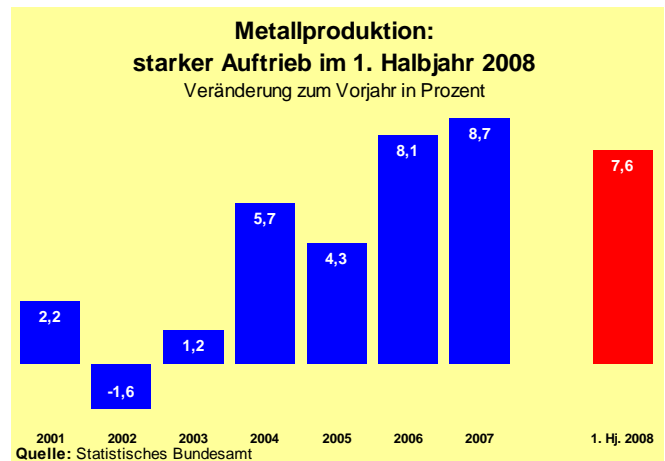
### 2.1 Metallproduktion und Produktionserwartungen

In den Jahren 2008 und 2009 wird die M+E-Produktion wieder deutlicher zulegen als die gesamtwirtschaftliche. Darauf weisen schon heute verschiedene Frühindikatoren, wie Produktionslage, Kapazitätsauslastung, Bestellungen oder die Stimmungsindikatoren des ifo-Instituts, hin.

#### **M+E-Produktion im ersten Halbjahr 2008**

Seit dem Jahr 2004 läuft die Produktion in der Metallverarbeitenden Industrie auf Hochtouren. In den Jahren 2006 und 2007 wurden Spitzenzuwachsraten von über acht Prozent registriert. Dieser Trend setzte sich auch in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 fort. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Metallproduktion um fast acht Prozent (7,6%). Schon jetzt zeichnet sich ab, dass das Jahr 2008 für die M+E-Industrie das sechste Wachstumsjahr in Folge sein wird. Das kräftige Produktionswachstum wird dabei von der immer noch hohen Auslandsnachfrage, mittlerweile aber auch aus der in-

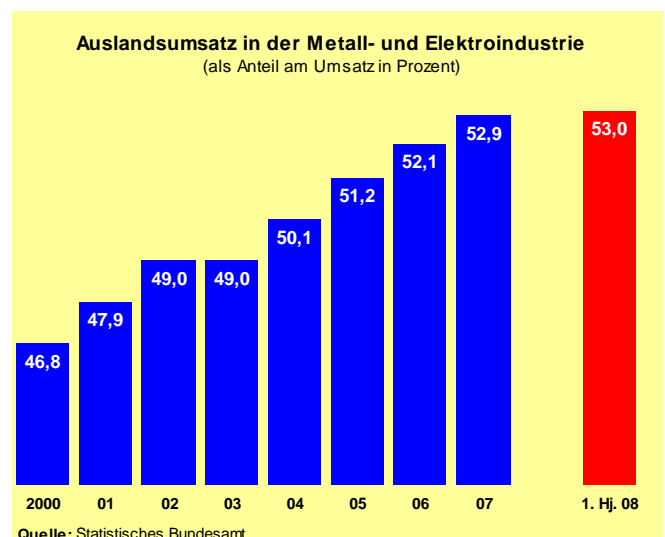
ländischen Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen getragen.



#### **Umsätze**

Wie stark auslandsgetrieben die M+E-Produktion mittlerweile ist, kann anhand von Umsatzkennziffern abgelesen werden.

Fast 945 Milliarden Euro setzte die Metall- und Elektroindustrie im letzten Jahr um. Seit Jahren steigt der Auslandsumsatz stärker als der Inlandsumsatz. Der Auslandsanteil lag im ersten Halbjahr 2008 bei 53 Prozent. Dies zeigt einerseits, dass Metall- und Elektroprodukte aus Deutschland trotz weltwirtschaftlicher Risiken und eines hohen Eurokurses weiterhin gefragt und wettbewerbsfähig sind. Andererseits ist dies ein Hinweis auf eine seit Jahren viel zu schwache deutsche Binnenkonjunktur.



#### **Kapazitäten sehr gut ausgelastet**

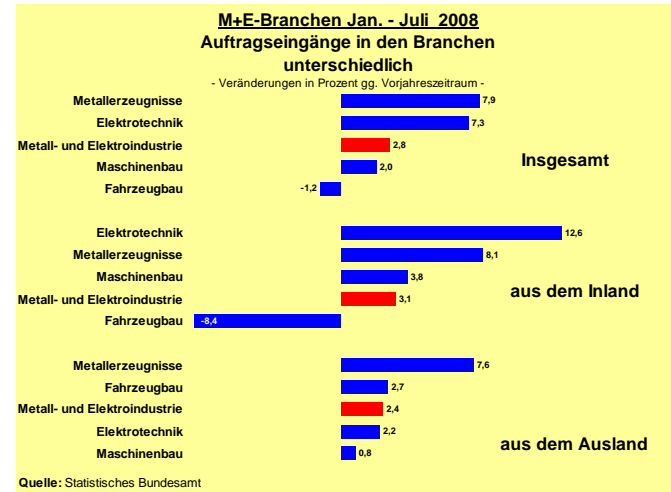
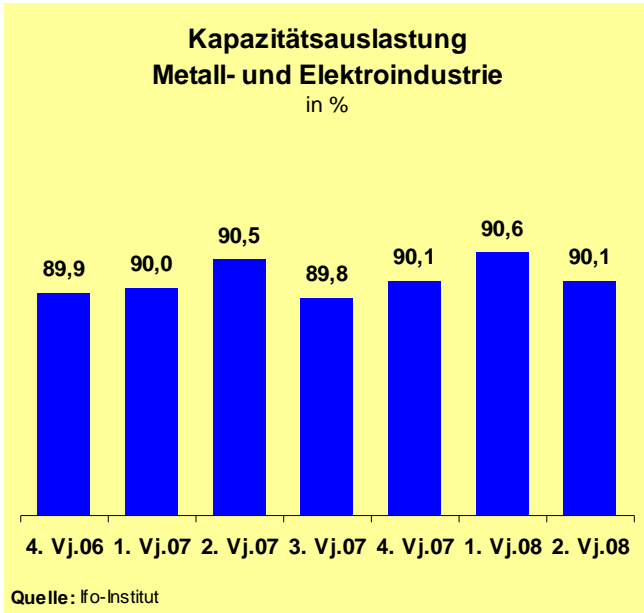
Die M+E-Unternehmen sind derzeit voll ausgelastet. Infolge der kräftigen Nachfrage nach Investitionsgütern stieg die Kapazitätsauslastung kontinuierlich, von 82 Prozent im Jahr 2003 auf aktuell über 90 Prozent. Als „normal“ gilt eine Auslastung von rund 85 Prozent.



In einigen Unternehmen kommt es mittlerweile zu Kapazitätsproblemen, die Auftragsbestände sind weiter hoch. Um Verzögerungen bei der Abarbeitung der Aufträge zu vermeiden, müssen die Unternehmen in neue und modernere Anlagen investieren. Investitionen wiederum kommen der M+E-Industrie zugute. Sie stärken die Binnennachfrage und gleichen zumindest teilweise den noch viel zu schwachen privaten Konsum aus.

aber neben den schwächeren Bestellungen bei der Autoindustrie auch durch Basiseffekte im Schiffbau (einige Großaufträge in 2007) erheblich verzerrt. Daraus lässt sich noch kein negativer Trend für die Zukunft ableiten.

Insgesamt betrachtet sind die aufgelaufenen Auftragsbestände die Basis für die künftige Auslastung der Produktionskapazitäten und damit ein gutes Polster für die kommenden Monate.

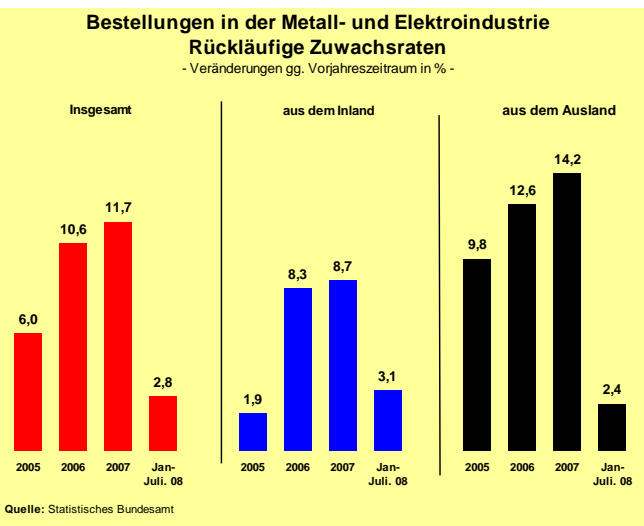


### Aufträge

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2008 sind 2,8 Prozent mehr Bestellungen eingegangen als im gleichen Vorjahreszeitraum, 3,1 Prozent aus dem Inland und 2,4 Prozent aus dem Ausland.

### Geschäftslage

Die vom Ifo-Institut befragten Metall- und Elektrounternehmen beurteilten die aktuelle Geschäftslage im August 2008 zu fast neunzig Prozent als gut (37,0%) oder zumindest konstant (51,5%) ein. Nur 11,5 Prozent klagten über eine schlechtere Geschäftslage.



### Einschätzung der Geschäftslage in der Metall- und Elektroindustrie

	Saldo	Anteil der Betriebe in Prozent		
		gut	unverändert	schlecht
Dez. 07	42,3	50,7	40,8	8,5
Jan. 08	43,6	50,0	43,7	6,3
Febr. 08	45,8	51,9	42,0	6,1
März 08	46,7	52,8	41,1	6,1
April 08	44,8	51,6	41,5	6,9
Mai 08	45,6	51,9	41,7	6,4
Juni 08	38,2	45,7	46,7	7,6
Juli 08	35,0	43,1	48,8	8,1
Aug. 08	25,5	37,0	51,5	11,5

Quelle: ifo

### Stimmungsindikatoren

Neben der Geschäftslage werden die Unternehmen vom Ifo-Institut auch nach den zukünftigen Geschäftserwartungen befragt. Erfahrungsgemäß werden diese Erwartungen stark von der aktuellen Stimmung beeinflusst. Im August sind diese Stimmungsindikatoren stark eingebrochen, was einerseits sicherlich mit schwächeren Auftragseingängen zu tun hat, andererseits aber auch von allgemeinen Rezessionsängsten aus der öffentlichen Debatte gespeist wird. Es ist zu erwarten, dass sich in den nächsten Monaten diese Stimmungsindikatoren eher weiter verschlechtern.

Die Zunahme der Bestellungen, vor allem aus dem Ausland, hat sich in den vergangenen Monaten stark verringert. Vor allem im Juni war das Auftragsvolumen geschrumpft. Dabei darf zweierlei nicht vergessen werden: Zum einen bewegen wir uns bei den Auftragseingängen auf einem extrem hohen Niveau. Zum anderen werden die Zahlen durch die stark rückläufigen inländischen Bestellungen beim Fahrzeugbau geprägt. Diese sind

Was die künftige Produktionsentwicklung betrifft, werden die Metallunternehmen deutlich pessimistischer. Zwar überwiegen immer noch die positiven Einschätzungen. So rechnen aktuell 69,2 Prozent der Betriebe damit, dass die Produktion zumindest gleich bleibt. Der Anteil derjenigen, die mit steigender Produktion rechnen, ist allerdings geringer als in den Vormonaten und beziffert sich auf 9,8 Prozent. 21 Prozent der Betriebe erwarten eine rückläufige Produktion.

Trotz der weltwirtschaftlichen Spannungen sind die Metallbetriebe bei den Exporterwartungen noch optimistischer. 12,9 Prozent rechnen mit steigenden Exporten. Aber auch hier sind die positiven Erwartungen etwas schwächer als in den Monaten zuvor. 70,9 Prozent der Betriebe erwarten gleich bleibende Exporte. Nur 11,5 Prozent – das ist ein Anstieg gegenüber den Vormonaten – erwarten rückläufige Exporte.

### **M+E-Produktion 2008 und 2009**

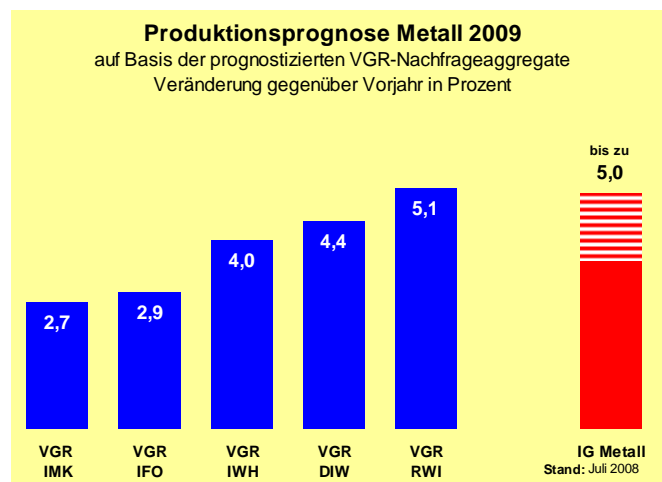
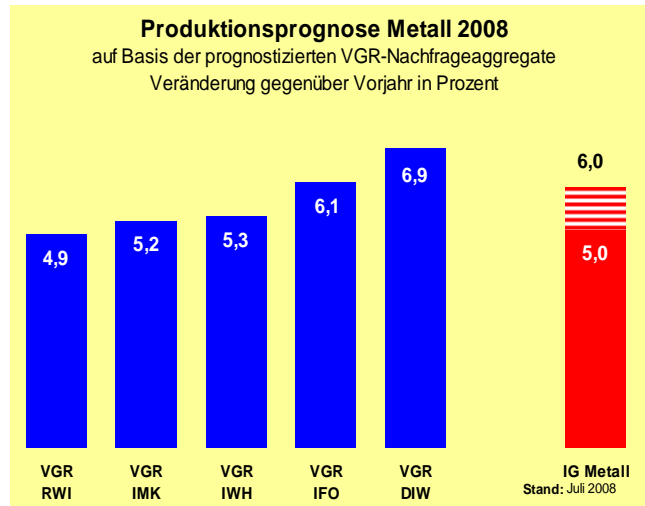
Der aktuell hohe Produktionsstand, Bestellungen und Kapazitätsauslastung lassen darauf schließen, dass die M+E-Produktion im Jahr 2008 überdurchschnittlich, aber langsamer als in den letzten beiden Jahren wachsen wird. Für das Jahr 2009 können aus diesen Frühindikatoren keine Erkenntnisse gezogen werden.

Mikroökonomisch fundierte Produktionsprognosen, wie sie zum Beispiel vom ifo-Institut oder vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in der Vergangenheit vorgelegt wurden, gibt es heute leider nicht mehr. Derartige Prognosen wurden von den Instituten aus Kostengründen eingestellt.

Makroökonomisch fundierte Produktionsprognosen für die M+E-Industrie lassen sich aus den Prognosen für die Entwicklung der Verwendungsaggregate (Privater Verbrauch, Ausrüstungsinvestitionen, Exporte) für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (BIP) ableiten. Die M+E-Ableitung wiederum ist natürlich von der Qualität der vorliegenden gesamtwirtschaftlichen Prognosen abhängig.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten für die nächsten Monate haben sich verschlechtert. Das betrifft in der Regel das gesamtwirtschaftliche Wachstum selbst, aber auch die Verwendungsaggregate. Konsens ist aber, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstum weitgehend von der Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen und des Exports getragen wird.

Die Prognosespannbreite aufgrund der Institutsprognosen für die Verwendungsaggregate reicht für das Jahr 2008 von 4,9 bis 6,9 Prozent. Auf der Basis der Institutsprognosen und der Frühindikatoren hält die IG Metall ein M+E-Produktionsplus von fünf bis sechs Prozent für möglich. Dabei kommen die stärksten Wachstumsbeiträge a) wegen des hohen Exportanteils der M+E-Produktion und b) wegen der stärkeren Exportdynamik trotz der angespannten weltwirtschaftlichen Lage von den Exporten.



Die Spannbreite der Prognosen für die M+E-Produktion auf der Basis der Prognosen für die Verwendungsaggregate der gesamtwirtschaftlichen Produktion liegt für das Jahr 2009 zwischen 2,7 und 5,1 Prozent. Die große Spannbreite ist Ergebnis unterschiedlicher Einschätzungen der Institute, insbesondere über die Rückwirkungen der Finanzmarktkrise auf die Weltkonjunktur und die Entwicklung des Privaten Konsums. Die IG Metall hält für 2009 ein Produktionswachstum in der Metall- und Elektroindustrie von bis zu fünf Prozent für möglich.

## **2.2 Kosten und Preise**

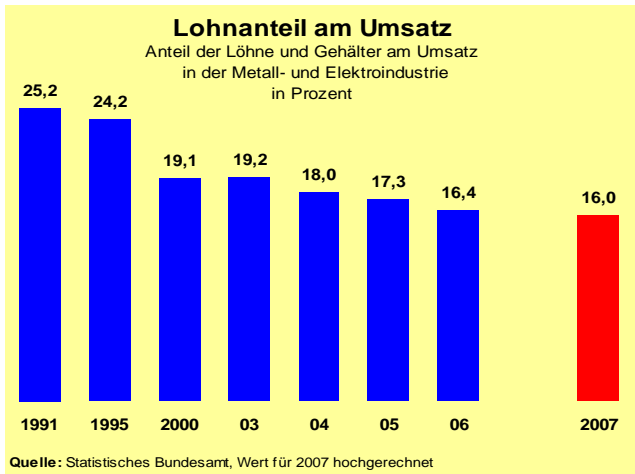
Die Metallunternehmen profitieren insgesamt von einer günstigen Kostenentwicklung. Den meisten Metallunternehmen geht es zur Zeit blendend. Die Lohnstückkosten sinken und die Gewinne steigen auf breiter Front. Wesentlich für die Ertragslage der Unternehmen ist die Entwicklung der Lohnquote bzw. der Lohnstückkosten sowie der Verkaufspreise.

### **Lohnquote weiter rückläufig**

Ein erster Hinweis auf eine günstige Ertragsentwicklung ergibt sich aus dem Verlauf der Lohnquote (Lohnanteil am Umsatz). Die Lohnquote ist seit vielen Jahren rückläufig. Diese Tendenz setzte sich bis in das Jahr 2008 fort. Mitte der 1990er Jahre machten die Löhne und



Gehälter noch ein Viertel des Umsatzes aus. Heute liegt die Lohnquote bei 16 Prozent.



Die rückläufige Lohnquote zeigt erstens, dass andere Kostenanteile zunehmend stärker ins Gewicht fallen. Das können Vorleistungen sein, wie Material und Rohstoffe, aber auch zugekaufte Dienstleistungen oder Produkte. Zum Beispiel, wenn ehemals betriebliche Wertschöpfung ausgelagert und zugekauft wird. Darunter fällt übrigens auch die Leiharbeit. Die Kosten für die Leiharbeit werden nicht als Lohn, sondern als „Sachkosten“ und damit als externe Vorleistung verbucht.

Zweitens spielt – und das ist in der M+E-Industrie der wesentliche Bestimmungsgrund - das Verhältnis von Produktivitäts- und Lohnzuwachsen eine Rolle. Steigt die Produktivität – zum Beispiel durch einen stärkeren Einsatz von Produktionstechnologien oder effizientere Arbeitsprozesse – schneller als die Löhne, sinkt die Lohnquote.

Beide Bestimmungsgründe haben die Entwicklung der Lohnquote beeinflusst.

**Lohnstückkosten sinken erneut**

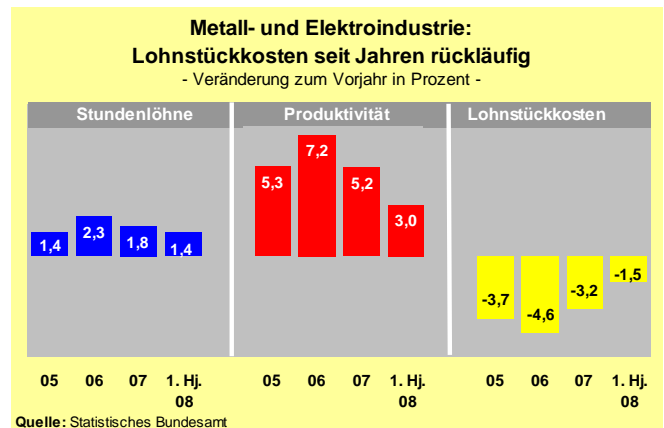
Das Zusammenspiel von Produktivität und Löhnen allerdings wird transparenter durch die Analyse der Lohnstückkosten.

- So stieg die Produktivität der Metallunternehmen in 2007 mit einem Plus von 5,2 Prozent deutlich kräftiger als die Stundenlöhne mit 1,8 Prozent. Dadurch sanken die Lohnstückkosten, ein Kostenvorteil für die Unternehmen. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Lohnstückkosten um 3,2 Prozent.
- In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 wuchs die Produktivität der Metallunternehmen mit einem Plus von 3,0 Prozent schwächer. Dem gegenüber stand ein Lohnzuwachs von 1,4 Prozent. Im Ergebnis ist das ein Kostenvorteil im Vergleich zum Vorjahr von 1,5 Prozent.

Hinter der durchschnittlichen Lohnentwicklung stecken nicht nur die tariflichen Lohnvereinbarungen. Sie wird ebenso beeinflusst durch strukturelle Veränderungen in den Belegschaften (Verhältnis Arbeiter/Angestellte,

Jung/Alt, Verhältnis Tarifliche Vergütung/ Außertarifliche Vergütung), die Tarifbindung der Betriebe und den Folgen von Restrukturierungsprogrammen.

Durch die sich weiter öffnende Schere zwischen den zu schwach steigenden Stundenlöhnen (Kosten) und der rasant zulegenden Produktivität (Minderausgaben) sinken die Lohnstückkosten immer weiter. Das sorgt zunächst einmal für eine bessere Kassenlage in den Betrieben. Für die Unternehmer heißt dies: deutlich geringere Personalausgaben und somit entsprechende Zusatzserträge.



**Energie- und Rohstoffpreise**

Der Einsatz von Energie und sonstigen Rohstoffen ist für die Metall- und Elektroindustrie bedeutend teuer geworden.

- Die mittelfristige Rechnung: Seit 2005 sind die Energiepreise um 85 Prozent gestiegen. Für Industrierohstoffe muss doppelt so viel wie 2005 bezahlt werden.
- Die kurzfristige Rechnung: Energie kostete im Juli 2008 auf den Rohstoffmärkten über 60 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Preise für sonstige Industrierohstoffe stiegen um annähernd zehn Prozent. In den letzten Wochen sind die Preise für Energie und Rohstoffe allerdings gefallen.

Wie stark diese Preise die Metallunternehmen tatsächlich treffen, kommt auf die Gewichte des Einsatzes von Rohstoffen an. Und das ist nicht nur in jeder Branche, sondern auch zwischen verschiedenen Unternehmen unterschiedlich. Nach der Kostenstrukturstatistik des Statistischen Bundesamtes liegen die durchschnittlichen Kosten des Energieeinsatzes in den meisten Metallunternehmen bei 0,7 bis 0,9 Prozent des Produktionswertes (Spannbreite bei den Hauptbranchen).

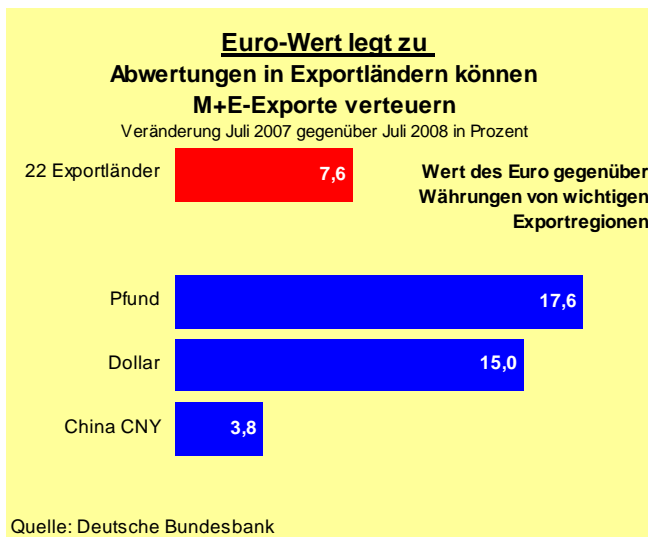
Anders sieht es beim sonstigen Rohstoffeinsatz aus. Diese Kosten streuen von 37 Prozent des Produktionswerts in der Elektroindustrie bis zu 50 Prozent im Fahrzeugbau. Im Maschinenbau machen sie 41 Prozent der Kosten aus.

### **„Besser statt billiger“ Effizienzpotenziale bei der Einsparung von Rohstoffen erschließen**

Die steigenden Rohstoffkosten auf die Belegschaften umlegen zu wollen, wäre ein ungerechtfertigter Akt. Dringend notwendig sind deshalb unternehmerische Aktivitäten und neue Technologien für einen effizienteren Umgang mit den natürlichen Rohstoffen. Das kann nicht nur Kostenrisiken minimieren. Mit innovativen Technologien lassen sich zudem neue Märkte erschließen. Das Thema Ressourceneffizienz hat in den M+E-Unternehmen an Bedeutung gewonnen. Hier lassen sich noch erheblich Potenziale erschließen. Die IG Metall unterstützt die Bemühungen in den Unternehmen im Rahmen ihrer Kampagne „Besser statt Billiger“.

### **Wechselkurse**

Auch wenn der Höhenflug des Euro in den letzten Wochen erst einmal gestoppt und der Kurs gegenüber dem US-Dollar im August unter 1,50 US-Dollar gefallen ist: im Jahresvergleich ist der Euro gegenüber dem US-Dollar so stark wie nie. Der Euro hat aber auch gegenüber anderen Fremdwährungen wie dem britischen Pfund oder dem chinesischen Renmimbi Yuan zugelegt. Damit können deutsche Produkte in den Exportländern teurer und weniger attraktiv für die Abnehmer werden. Derzeit sieht es allerdings so aus, als wenn mit schlechteren Konjunkturerwartungen für den Euroraum auch der Euro-Kurs in den nächsten Monaten eher wieder etwas fällt.



Welches Risikogewicht haben nun Fremdwährungsrisiken? – Tatsache ist, dass über siebzig Prozent der M+E-Umsätze im Euroraum verbleiben, davon rund 45 Prozent im Inland und rund 25 Prozent in der übrigen Eurozone. Achtzig Prozent aller deutschen Exporte werden nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank im Jahr 2007 in Euro abgerechnet. Das bedeutet, potentielle Fremdwährungsrisiken bestehen nur bei zwanzig Prozent der Exporte und rund zehn Prozent der Gesamtumsätze. Und diese Risiken konzentrieren sich im Wesentlichen auf Unternehmen, die starke Exportbeziehungen zu Ländern mit Fremdwährungen unterhalten und sich nicht anderweitig abgesichert haben.

Andererseits kann ein niedrigerer Fremdwährungskurs auch für eine Verbilligung von Konkurrenzprodukten aus dem Nicht-Euro-Raum führen und sie damit gegenüber Produkten aus dem Euroraum preislich konkurrenzfähiger machen.

Viele Unternehmen koppeln sich von der Wechselkursproblematik ab, indem sie verstärkt Produktionskapazitäten für ihren Absatz in den Fremdwährungsländern, zum Beispiel in den USA, aufbauen beziehungsweise hinzukaufen (natural hedging). Kurzfristige Erfolge lassen sich damit nicht realisieren, weil Abkoppelungsprozesse eher langfristig wirken. Kurzfristig möglich sind dagegen Kurssicherungsgeschäfte. Die allerdings kosten Geld und schmälern die Erträge.

Eine andere Strategie, Wechselkursrisiken zu vermeiden, ist die Produktion von Spezialgütern und industrienahe Dienstleistungen, wie zum Beispiel viele Maschinenbauer. Diese sogenannte Wertschöpfung mit „Alleinstellungsmerkmalen“ macht gegenüber Massenproduktionen unabhängiger von Preis- und damit von Wechselkursrisiken.

Bis auf Einzelfälle ist für die deutschen Exportunternehmen eine generelle Belastung aufgrund eines steigenden Eurowerts noch nicht festzustellen. Im Gegenteil: Die M+E-Auslandsumsätze haben erneut kräftig zugelegt: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 stiegen die Auslandsumsätze in Fremdwährungsländern um 7,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Möglichen Wechselkursnachteilen bei Exporten stehen allerdings Vorteile bei Importen gegenüber. Das betrifft insbesondere Energie- und Rohstoffimporte für die heimische Produktion, sofern sie in Fremdwährungen wie dem US-Dollar gehandelt werden. So konnten steigende Energie- und Rohstoffpreise durch die Verbilligung des Dollar etwas abgemildert werden.

### **Verkaufspreise**

In den vergangenen Jahren sind die inländischen Verkaufspreise der Metallunternehmen sehr moderat gestiegen, um 0,9 Prozent im Jahr 2007. In diesem Jahr war die Preisentwicklung bisher noch verhaltener, im ersten Halbjahr stiegen die inländischen Verkaufspreise gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 0,3 Prozent. Die Exportpreise legten 2007 um 0,5 Prozent zu, im ersten Halbjahr 2008 gingen sie sogar um 0,1 Prozent zurück.

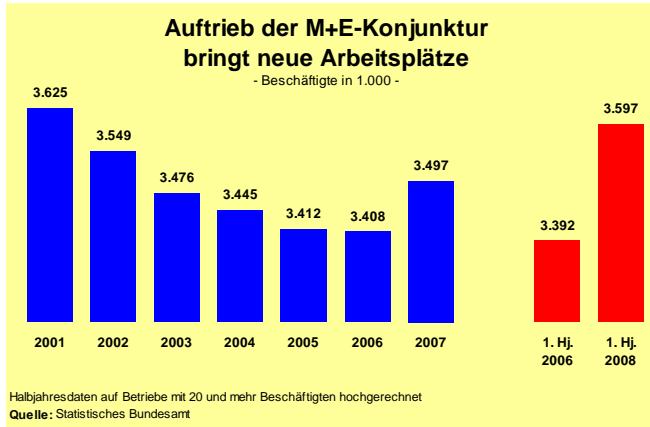
Die IG Metall rechnet damit, dass die Unternehmen versuchen werden, einen Teil der gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten auf die Preise zu überwälzen und hält deshalb für die Jahre 2008 und 2009 Verkaufspreisanhebungen von 0,8 bis zu 1,5 Prozent für möglich.

## **2.3 Beschäftigung und Produktivität**



**Beschäftigung erreicht Zwischenhoch**

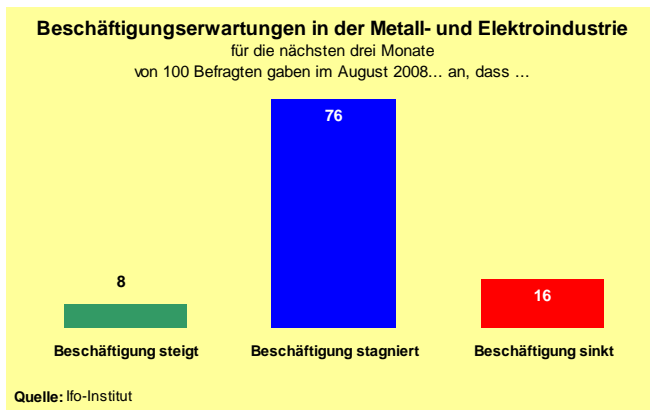
In der M+E-Industrie sind in den letzten zwei Jahren rund 200.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Der Tiefpunkt der Metallbeschäftigung mit rund 3,4 Millionen Arbeitsplätzen scheint vorerst überwunden zu sein. Im Sommer 2008 zählte die M+E-Industrie wieder 3,6 Millionen Beschäftigte, fast so viel wie im Jahr 2001.



Sowohl die steigende Produktion, die Modernisierung der Produktionsanlagen als auch die hohe Kapazitätsauslastung lassen darauf schließen, dass die Produktivität in den Metallunternehmen mit Tempo weiter wächst. Bereits in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 legte die Produktivität um drei Prozent zu.

Für das Jahr 2008 rechnet die IG Metall damit, dass die Metallproduktion um sechs Prozent steigen wird. Das Arbeitsvolumen wird aufgrund von mehr Arbeitstagen, mehr Überstunden und leicht wachsender Beschäftigung zunehmen. Vor diesem Hintergrund errechnet sich für das Jahr 2008 ein M+E-Produktivitätszuwachs von bis zu fünf Prozent.

Für das Jahr 2009 erwartet die IG Metall ein M+E-Produktionswachstum von bis zu fünf Prozent. Es kann von einem M+E-Produktivitätsanstieg von bis zu fünf Prozent ausgegangen werden. Vor dem Hintergrund des leicht schwächeren Produktionszuwachses ist nicht zu erwarten, dass die Beschäftigung steigen wird. Auch die Arbeitszeit wird stagnieren.



Die Zahl der Arbeitslosen mit Metallberufen ist binnen Jahresfrist um 40.000 zurückgegangen. Das ist erfreulich. Aber immer noch bezifferte sich die Zahl arbeitsloser Metaller im Juni 2008 auf rund 200.000.

Vor dem Hintergrund schwächerer Produktionserwartungen ist eine Beschäftigungseuphorie allerdings unbegründet. Neueinstellungen haben in den letzten zwei Monaten spürbar an Dynamik verloren. Die Beschäftigungserwartungen sind sogar wieder nach unten gerichtet. Nach den ifo-Indikatoren zur Beschäftigungsentwicklung wollten zwar immer noch acht Prozent der Metallbetriebe in den nächsten Monaten weitere Beschäftigte einstellen. Der Anteil der Betriebe, die Beschäftigung abbauen wollen hat allerdings auf 16 Prozent zugenommen. Und dazu gehören nicht nur Großunternehmen wie BMW, Continental, Siemens und andere.

**Produktivität steigt kräftig an**

Seit Jahren erreicht die M+E-Industrie Produktivitätsraten, die weit über dem gesamtwirtschaftlichen Niveau liegen. Im Jahr 2007 produzierte die Metallindustrie pro Arbeitsstunde 30 Prozent mehr als noch im Jahr 2001.



### 3. Rahmenbedingungen in den neuen Bundesländern

#### **Ost: Wachstum und Beschäftigung**

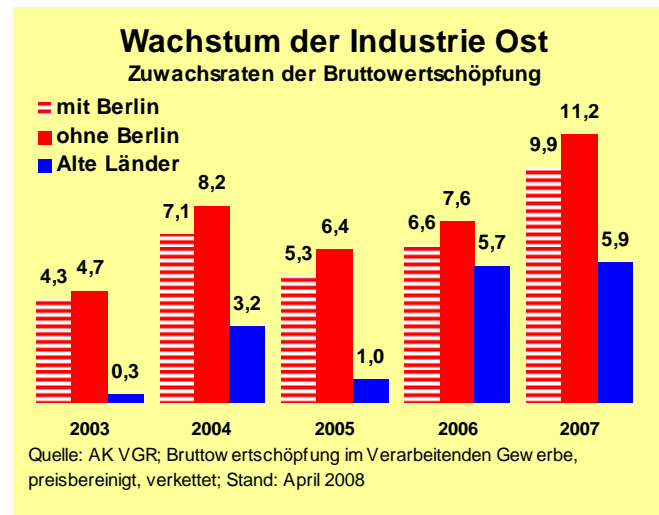
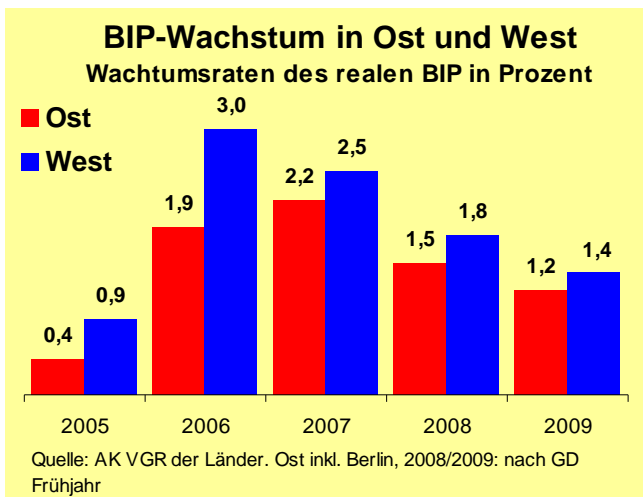
Das kräftige Wachstum in Europa und Westdeutschland hat auch die ostdeutsche Wirtschaft mitgezogen. In den beiden vergangenen Jahren wuchs das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt jeweils um rund zwei Prozent. Für 2008 prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute in der Frühjahrs-Gemeinschaftsdiagnose ein etwas schwächeres Wachstum von 1,5 Prozent.

Die Skepsis über die weitere konjunkturelle Entwicklung zeigt sich auch bei den Prognosen der Institute für den Osten. Danach soll das Wachstum 2009 noch einmal etwas geringer ausfallen. Die ostdeutsche Wachstumschwäche der Jahre 2001 bis 2004 (Raten nahe Null) scheint allerdings einstweilen überwunden, das bleibt auch angesichts der etwas schwächeren Werte für 2008 und 2009 festzuhalten.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist in den letzten zwei Jahren wie in ganz Deutschland gestiegen, die Erwerbstätigkeit liegt jetzt bei 7,3 Millionen. Die Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland mit 1,1 Millionen Menschen (Juni 2008) weiterhin sehr hoch. Die Arbeitslosenquote liegt bei gut 14 Prozent und ist nach wie vor doppelt so hoch wie im Westen. Hundert Arbeitslosen können die Arbeitsagenturen gerade einmal acht offene Stellen anbieten. Qualifizierte Bewerber haben in der verbesserten Konjunkturlage noch bessere Arbeitsmarktchancen in den alten Bundesländern. Entsprechend hoch ist nach wie vor die Pendlerzahl.

#### **Ostdeutsche Industrie**

Das Wachstum der ostdeutschen Industrie bleibt stabil auf sehr hohem Niveau, deutlich höher noch als im gleichfalls boomenden Westen. Im Jahr 2007 stieg die industrielle Wertschöpfung um 11,2 Prozent (Berlin mitgerechnet: „nur“ 9,9 Prozent). Für 2008 und 2009 wird ein immer noch kräftiges Wachstum um sechs bzw. vier Prozent erwartet (Quelle: IWH).



Die Wachstumsraten liegen im Osten weiterhin um einige Zehntel unter den westdeutschen Werten. Das erklärt sich aus mehreren Faktoren:

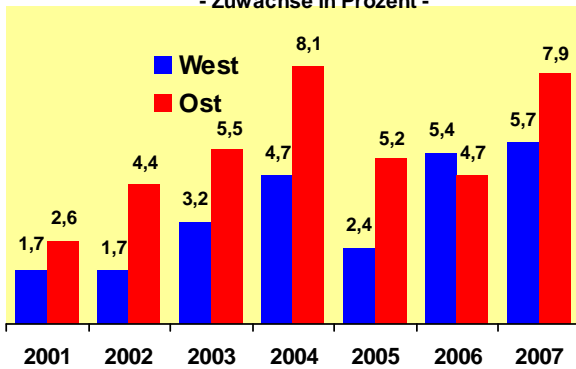
- Berlin als Ost-West-Sonderfall und wachstumsschwächstes Bundesland des letzten Jahrzehnts zählt beim Osten mit und drückt den Durchschnitt.
- Die ostdeutsche Wirtschaft ist stärker auf die Binnennachfrage - und dabei besonders auf die Konsumnachfrage - ausgerichtet.
- Die Einkommen und entsprechend die Kaufkraft liegen ein Drittel unter westdeutschem Niveau.
- Der Osten verliert Einwohner, durch Abwanderung und durch niedrige Geburtenzahlen (Sterbeüberschuss). Die Einwohnerzahl sinkt um 0,6 Prozent im Jahr, wenn Berlin nicht berücksichtigt wird sogar um 0,8 Prozent.
- Die Industrie trägt zu einem geringeren Teil zur gesamtwirtschaftlichen Leistung bei als im Westen (Ost: 17,6 Prozent, West 24,4 Prozent, 2007).

Die Erwerbstätigkeit in der Industrie entwickelt sich nicht so stark wie die Wertschöpfung. Entsprechend steigt die Produktivität. So wuchs die Produktivität der ostdeutschen Industrie in 2005 um 7,9 Prozent (Westen: plus 5,7 Prozent).

Das Produktivitätsniveau der ostdeutschen Industrie liegt inzwischen bei 77,4 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes. Insgesamt betrachtet sind die ostdeutschen Betriebe sehr viel kleiner als im Westen (83 Beschäftigte pro Betrieb, West: 137). Obwohl sich die Ost-Industrie bei der Produktivität immer mehr an das westdeutsche Niveau angenähert hat, ist zweifelhaft, ob sie es jemals erreichen wird. Dagegen spricht schon die Größenklassenstruktur der Unternehmen. Dennoch ist bemerkenswert: Alle vorliegenden Untersuchungen zeigen, dass vergleichbare Betriebe in Ost und West inzwischen auf einem gleichen Produktivitätsniveau arbeiten.



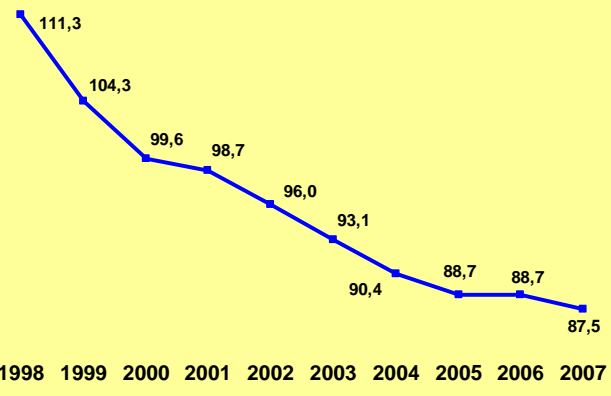
**Produktivität: Kräftige Vorsprünge für die Industrie Ost**  
- Zuwächse in Prozent -



Quelle: AK VGR der Länder; Nominale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, jährliche Veränderungsraten (jeweils ohne Berlin), Stand: April 2008

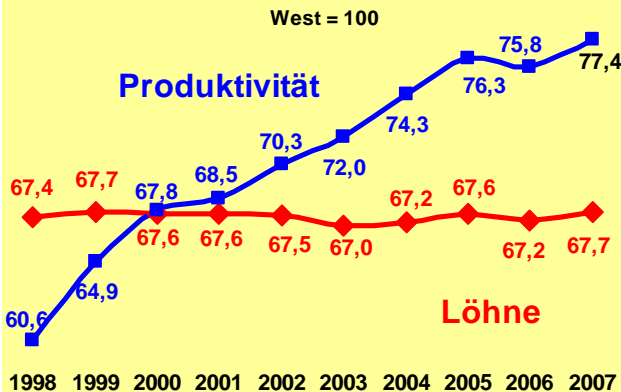
**Lohnkostenvorteil Ost**

- Lohnstückkosten in der Industrie, West = 100 -



Quelle: AK VGR der Länder, nominal, jeweils ohne Berlin, eigene Berechnungen; Stand: April 2008

**Produktivität und Löhne in der ostdeutschen Industrie**  
West = 100



Quelle: AK VGR der Länder, April 2008, Angaben ohne Berlin

**Metallverarbeitende Industrie**

Die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie ist in den ersten fünf Monaten 2008 um gut zehn Prozent gewachsen. Für das ganze Jahr kann mit einem Umsatzzuwachs von mindestens acht Prozent gerechnet werden.

Die **Beschäftigung** wächst bei weitem nicht im selben Tempo, aber stetig. Einschließlich Gesamt-Berlin umfasst die ostdeutsche Metallbeschäftigung inzwischen 423.000 Personen (Mai 2008). Allein seit 2000 sind knapp 60.000 Jobs hinzugekommen.

**Fazit**

Die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie liegt voll im Entwicklungstrend der westdeutschen Metallindustrie. Eine tarifpolitische „Sonderbehandlung“ ist aus ökonomischen wie aus sozialen Gründen nicht angezeigt.

Die industriellen Löhne liegen nach wie vor bei zwei Drittel des westdeutschen Niveaus. Die Anpassungsdynamik ist seit zehn Jahren abgebrochen. Anders als bei der Produktivität ist der deutliche Abstand zum westdeutschen Niveau kaum strukturell zu erklären. Betriebsgröße und Branchenzusammensetzung beeinflussen durch übertarifliche Bezahlung auch die Lohnhöhe. Aber die Spreizung der Löhne innerhalb der Industrie ist längst nicht so ausgeprägt wie die Spreizung des Produktivitätsniveaus.

Löhne und Produktivität zusammengefasst ergeben die **Lohnstückkosten**. Sie geben Auskunft über den relativen Preis der Arbeitskraft. Die Lohnstückkosten in der ostdeutschen Industrie sind seit 2001 deutlich geringer als im Westen. Die kräftigeren Zuwachsraten der Produktivität bei ähnlichen Lohnzuwächsen sorgen dafür, dass die Lohnstückkosten stärker als im Westen sinken. Der Lohnkostenvorteil der ostdeutschen Industrie liegt inzwischen bei 12,5 Prozent.

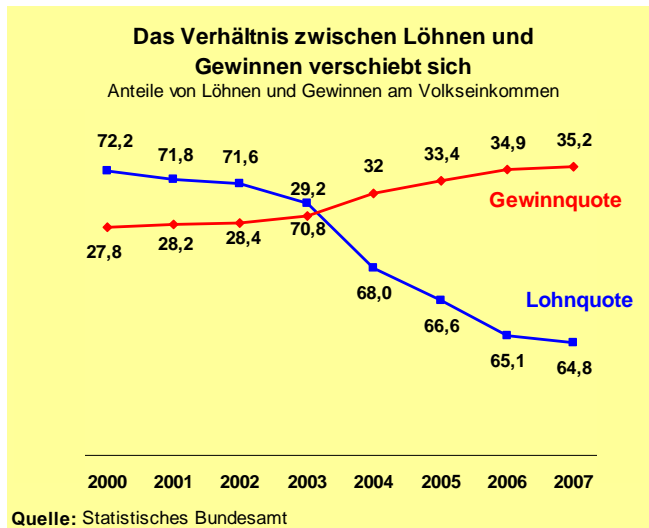
## 4. Verteilungspolitische Rahmenbedingungen

### Gesamtwirtschaft:

#### Gewinne steigen kräftig an

An der ungleichen funktionalen Verteilungslage in Deutschland hat sich in den letzten Jahren nichts verbessert. Im Gegenteil: Sie hat sich weiter verschärft. Das zeigen sowohl mittelfristige wie auch kurzfristige Verteilungsindikatoren.

- Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote – der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen – hat im Jahr 2007 mit 64,8 Prozent einen historischen Tiefstand erreicht. Ausgehend vom Jahr 2000 ist sie um 7,4 Prozentpunkte gefallen, seit dem Jahr 2003 um sechs Prozentpunkte.
- Umgekehrt ist der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen entsprechend gestiegen.



Dahinter steht, dass die Gewinne der Unternehmen und die Vermögenseinkommen deutlich kräftiger gewachsen sind als die Summe der Arbeitseinkommen (Löhne und Beschäftigung).

- So stiegen die Bruttomonatslöhne aller Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft seit dem Jahr 2000 um 7,5 Prozent, seit dem Jahr 2003 um 4,4 Prozent.
- Die Gewinn- und Vermögenseinkommen legten seit dem Jahr 2000 um mehr als die Hälfte und seit dem Jahr 2003 um mehr als ein Drittel (+37%) zu. Sie sind also sieben bis acht mal so schnell wie die Arbeitseinkommen gestiegen.

Dabei ist der starke Zuwachs bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen nicht ursächlich auf die Vermögenseinkommen zurückzuführen, wie oft unterstellt wird.

Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, das sind Zinsen, Mieten, Pachten, Ausschüttungen und entnommene Gewinne, stiegen in den Jahren 2004 bis 2007 um zwanzig Prozent. Ein Teil davon fließt zwar

auch Arbeitnehmerhaushalten zu, überwiegend profitieren aber Haushalte von Selbständigen, Freiberuflern, Vorständen von Unternehmen und reichen Privatiers.

Die Unternehmensgewinne dagegen legten im selben Zeitraum deutlich kräftiger zu.

- So konnten alle bundesdeutschen Unternehmen im Durchschnitt ein Plus von 43 Prozent verbuchen.
- Kapitalgesellschaften (ohne Banken und Versicherungen) hatten jedoch einen Zuwachs von sogar 58 Prozent.

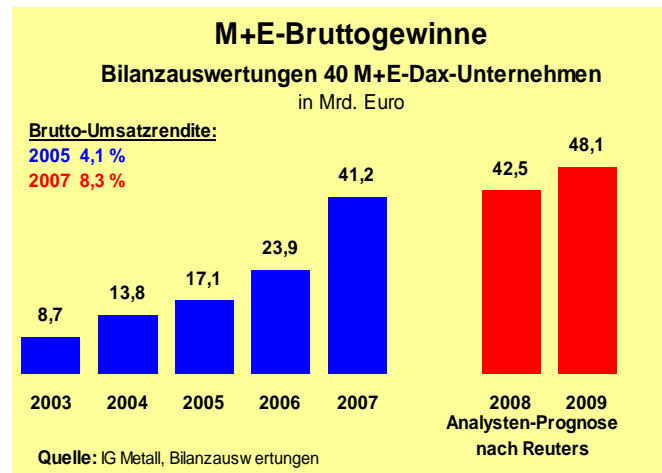
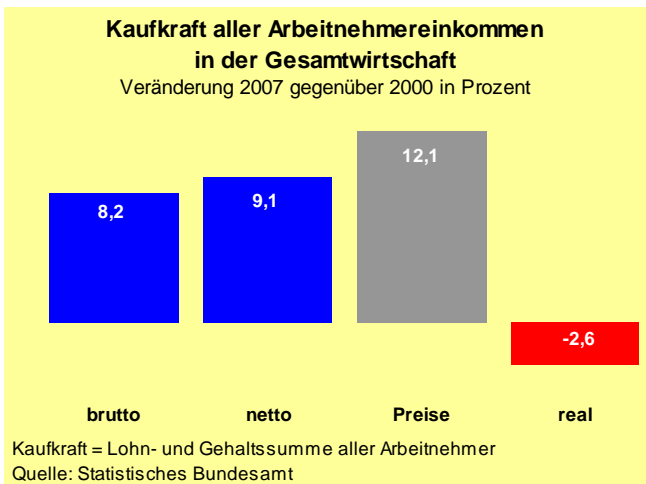
Klar ist: Die binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche ist zu einem großen Teil eine Folge dieser gesamtwirtschaftlichen Verteilungsfehlentwicklungen (siehe auch Kapitel 1.2.1).

- Die Unternehmen haben ihre Ertragslage weitgehend zu Lasten der Beschäftigten verbessert. Rückläufige Lohnstückkosten, enorme „Restrukturierungsprogramme“ börsennotierter Gesellschaften, die massive Zunahme von prekärer Arbeit – also von geringfügiger Beschäftigung, aber auch von Leiharbeit – sind Indizien dafür. Aber statt im Inland zu investieren, führten viele Unternehmen in den letzten Jahren ihre Finanzverbindlichkeiten zurück, schütteten ihre Ergebnisse an die Shareholder aus, kauften Aktien zurück oder beteiligten sich an globalen Finanz- oder Realanlagen. Erst mit der anspruchsvollen Konjunktur Mitte 2005 wurde wieder mehr investiert. Denn dank der kräftigen Auslandsnachfrage mussten viele Unternehmen ihre Fertigungskapazitäten erweitern. Dennoch: Das reale gesamtwirtschaftliche Niveau der Bruttoanlageinvestitionen lag im Jahr 2007 nur leicht über dem Niveau des Jahres 2000. Dabei investierten die Unternehmen vornehmlich in neue Ausrüstungen. Die Bauinvestitionen der Unternehmen liegen immer noch unterhalb des Jahres 2000. Daran zeigt sich, dass Lohnzurückhaltung zwar zu steigenden Gewinnen, nicht aber unmittelbar zu mehr Investitionen führt. Dafür muss eine ausreichende Nachfrage da sein.

- Andererseits ist zu beobachten, dass die realen Konsumausgaben zwischen 2000 und 2007 kaum gewachsen sind. Das ist ein unmittelbares Ergebnis der mäßigen Lohn- und Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre. Obwohl durch die Steuerentlastungen die Nettolohnsumme (+9,1%) stärker anstieg als die Bruttolohnsumme (+8,2%), liegt die Kaufkraft der Arbeitnehmereinkommen wegen der um 12,1 Prozent gestiegenen Preise immer noch um 2,6 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2000. Ähnliches gilt für die Leistungen aus den Sozialversicherungen - wie zum Beispiel für die Renten und das Arbeitslosengeld.
- Im Ergebnis sind die Masseneinkommen – dahinter stehen Nettolöhne und monetäre Sozialleistungen, nicht aber Gewinn- und Vermögenseinkommen - real leicht gesunken (-2,3%).

- Private Kaufkraft konnte somit – wenn überhaupt – nur aus den Einkommen der Selbständigen und Vermögenden kommen.
- Hinzu kommt: Die labile Arbeitsmarktlage und die mäßige Lohnentwicklung haben das Vertrauen der Verbraucher in die künftige Wirtschaftsentwicklung geschwächt. Das zeigt sich an der aktuell leicht steigenden Sparquote der Privathaushalte. Der Sparanteil am verfügbaren Einkommen lag im Jahr 2007 bei 10,9 Prozent.

Dazu passen auch die jüngsten Erkenntnisse der IG Metall aus der Bewertung der Ertragslage und den Ertragsperspektiven der 40 in den verschiedenen Dax-Werten (DAX 30, M-DAX, S-DAX, Tec-DAX) notierten Gesellschaften der M+E-Industrie. In den Jahren 2004 bis 2007 sind die Bruttogewinne der Metallunternehmen um das 3,4fache gestiegen (+343 %). Analysten erwarten, dass die Erträge bis zum Jahr 2009 nochmals um 17 Prozent zulegen sollen. Anhand der Umsatz-, Gewinn- und Lohnkostenentwicklung der analysierten Unternehmen wird deutlich, dass die Ertragssteigerungen bislang in einem hohen Maße aus eingesparten Personalkosten resultieren und häufig das Ergebnis von sogenannten „Restrukturierungsprogrammen“ sind.



**Metallindustrie:  
Ausgezeichnete Ertragslage**

Aktuelle und umfassende Aussagen über die Verteilungsentwicklung in der Metallverarbeitenden Industrie werden immer schwieriger. Es gibt gute statistische Kennzahlen über die Lohn- und Gehaltsentwicklung, brauchbare über die Entwicklung der Lohnquote und der Lohnstückkosten. Aber es gibt kaum aktuelles und systematisch analysierbares Material zur Gewinnentwicklung der Metallunternehmen.

Fest steht allerdings: Die gute Auftrags- und Produktionslage in den Metallunternehmen wird immer noch von einer schwächeren Entwicklung der Löhne begleitet. Ein erster Anhaltspunkt dafür ergibt sich aus der Entwicklung der metallwirtschaftlichen Lohnquote, dem Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz.

Die Lohnquote ist auf dem Sinkflug. Im Jahr 2007 machen Löhne und Gehälter nur noch 16,0 Prozent des Umsatzes aus. In 2006 lag die Lohnquote noch bei 16,4 Prozent, im Jahr 2000 bei 19,1 Prozent.

Sicherlich ist dies auch auf eine Verringerung der industriellen Fertigungstiefe zurückzuführen, der größte Teil aber auf den deutlich langsameren Lohn- als Produktionsanstieg. Dies drücken die Lohnstückkosten aus: Gemessen am Produktionsvolumen sind die Lohnaufwendungen je Produktionseinheit seit dem Jahr 2000 um knapp 13 Prozent (12,7%) gesunken, gegenüber dem Jahr 2006 um 3,2 Prozent.

**Tarif- und Effektivlohnentwicklung**

Mit den Metall-Tarifabschlüssen der letzten Jahre haben IG Metall und Gesamtmetall zumindest tarifvertraglich sowohl eine verteilungs- als auch eine wirtschaftspolitische Verantwortung gezeigt. Dass dies nur bedingt auch für die Umsetzung in den Unternehmen gilt, kann an der effektiven Lohnentwicklung abgelesen werden.

Die Tarifabschlüsse in der Metallindustrie lagen in den letzten Jahren immer im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums. Der Anstieg der Effektivlöhne allerdings blieb hinter dem zurück, was für die Unternehmen finanzierbar und volkswirtschaftlich sinnvoll gewesen wäre.

Die Lohndrift zwischen Tarifergebnis und tatsächlicher Stundenlohnentwicklung ist im letzten Jahr geringer geworden. Aber immer noch liegt der effektive Lohnzuwachs unter dem vertraglichen. Im Jahr 2007 stiegen die Stundenlöhne in der Metall- und Elektroindustrie im Durchschnitt um 1,8 Prozent, die Pro-Kopf-Löhne nahmen um 2,5 Prozent zu.

Verteilungsbilanz 2007					
Jahr	Produktivität je Std.	Preise	Verteilungsspielraum	Tarifierhöhung 1)	Effektiverhöhung je Std. 2)
Veränderung gegen Vorjahr					
<b>Gesamtwirtschaft</b>					
2005	1,3	1,5	2,9	0,9	1,0 (0,3) <sup>2)</sup>
2006	2,3	1,6	4,0	1,0	1,1 (0,9) <sup>2)</sup>
2007	0,8	2,3	3,1	1,2	1,4 (1,5)
<b>Metallindustrie</b>					
2005				2,6	1,4 (1,4) <sup>2)</sup>
2006				3,2	2,5 (3,3) <sup>2)</sup>
2007				3,9	1,8 (2,5) <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> einschließlich Einmalzahlungen

<sup>2)</sup> in Klammern: Effektivverhöhung Pro-Kopf

### Negative Lohndrift: Effektivlöhne wachsen langsamer als tariflich vereinbart

Die effektiv gezahlten Löhne und Gehälter sind in den letzten Jahren langsamer als die tarifvertraglichen (negative Lohndrift) gewachsen. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen:

- Flucht der Unternehmen aus dem Flächentarifvertrag
- Abbau übertariflicher Leistungen
- Eingriff in bestehende tarifliche Leistungen
- Arbeitszeitverlängerung: mehr Arbeit für das gleiche Geld
- Kürzung von Sonderzahlungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld
- Statistisch signifikante Verzerrungen durch „Restrukturierungsprogramme“ großer Unternehmen

Kalendereffekte: mehr Arbeitstage für das selbe Geld senken den durchschnittlichen Stundenlohn (zum Beispiel im Jahr 2004), weniger Arbeitstage (wie in 2006) hingegen erhöhen ihn.

## 5. Fazit

### **Wirtschaftspolitisches Umfeld**

Die Tarifrunde 2008/09 findet in einem unsicheren Konjunkturklima statt. Der konjunkturelle Aufschwung verlangsamt sich. Trotz der beschriebenen Konjunkturrisiken durch die Turbulenzen auf den Finanzmärkten ist aber nicht mit einer Rezession zu rechnen. Die M+E-Industrie befindet sich in einer robusten Verfassung. Trotz der Abkühlung der Weltkonjunktur bleiben der Welthandel und damit die Exporte der Wachstumsmotor der deutschen Konjunktur und ganz besonders der Metall- und Elektroindustrie. Die chronische binnenwirtschaftliche Schwäche der letzten Jahre ist immer noch nicht überwunden. Auch die Staatsnachfrage lässt vor dem politischen Ziel, die Staatsschulden abzubauen, zu wünschen übrig. Umso wichtiger wird sein, dass die Tarifpolitik sowohl die private Nachfrage unterstützt als auch einen Beitrag zur gerechten Verteilung des Volkseinkommens leistet.

Wie jedes Jahr wird auch in der Tarifrunde 2008/09 der Ruf der wirtschaftsliberal ausgerichteten Wirtschaftsforschungsinstitute und des Sachverständigenrats nach weiterer „Lohnmoderation“ als Hebel für Wachstum und Arbeitsplätze nicht ausbleiben. Sowohl die Bundesbank als auch die Europäische Zentralbank werden mit Zinserhöhungen drohen und vor einer „lohngetriebenen Inflation und Arbeitslosigkeit“ warnen. Als argumentativer Hebel wird die drohende Konjunkturschwäche herhalten müssen. Eine solche Politik würde allerdings nicht zum gewünschten Erfolg führen. Das haben die vergangenen Jahre gezeigt. Und die Preissteigerungen der letzten zwanzig Jahre waren alles andere als lohngetrieben.

Deshalb vertritt die IG Metall auch ein völlig anderes – nämlich offensives - wirtschaftspolitisches Konzept. Dabei spielt die Lohnpolitik eine wichtige Rolle. Aber allein mit der Lohnpolitik als offensives makroökonomisches Instrument lässt sich eine schwache Binnenkonjunktur nicht in Schwung bringen. Entscheidend ist, dass die makroökonomischen Instrumente (Lohn-, Fiskal-, Geldpolitik) optimal aufeinander abgestimmt werden.

Im europäischen Zusammenhang ist ein koordiniertes lohnpolitisches Vorgehen notwendig. Mit Blick auf die Europäische Währungsunion (Euro-Raum) sollte sichergestellt werden, dass die nationalen effektiven Lohnzuwächse zumindest den kostenneutralen Verteilungsspielraum (Preiserhöhungen, nationaler gesamtwirtschaftlicher Produktivitätszuwachs) ausschöpfen. Damit wird erstens ein Mindestmaß an Verteilungsgerechtigkeit hergestellt. Zweitens leistet die Lohnpolitik damit über die Stärkung der privaten Kaufkraft ihren Beitrag zu einem ausbalancierten Wachstum in den Euro-Ländern. Und drittens kann damit kann eine verstärkte Lohnkonkurrenz zwischen den Arbeitnehmern der Euro-Länder vermieden werden.

„Beggars-by-neighbour-policy“ - das ist der Versuch, mit Lohnzurückhaltung gegenüber dem „Nachbarn“ - in die-

sem Fall dem Ausland - preisliche Wettbewerbsvorteile zu erzielen und damit ausländische Märkte zu erobern. Diese Politik hat das große Risiko, einen internationalen Unterbietungswettbewerb auszulösen. Am Ende nützt das niemanden. Allerdings ist genau das die Politik, die Unternehmen, Verbände und die Wirtschaftsforschungsinstitute einfordern und die bisher keinen einzigen neuen Arbeitsplatz gebracht hat.

### **Orientierungslinien für die Lohnpolitik aus ökonomischer Sicht**

Mit ihrer Tarifpolitik verfolgt die IG Metall das Ziel, dass ihre Mitglieder von den gesamtwirtschaftlichen Wohlstandsgewinnen (Anstieg der Produktivität) profitieren, die Kaufkraft der Löhne und Gehälter gesichert wird (Ausgleich für die Preissteigerungen) und dass Arbeits- und Gewinneinkommen gerecht verteilt werden.

Eine Lohnpolitik, die diese Maßstäbe erfüllt, sichert nicht nur die Arbeitseinkommen und Kaufkraft der Belegschaften. Sie fördert die private Nachfrage und ist stabilitäts- und verteilungsgerecht.

Die in den vergangenen Jahren aufgelaufenen hohen Gewinnsteigerungen in der Gesamtwirtschaft, besonders aber auch in der Metall- und Elektroindustrie - haben in erheblichem Maße zu dem unbanlancierten Aufschwung der letzten Jahre beigetragen. Diese Tendenz würde sich ohne kräftige Lohnsteigerungen auch im Fall einer kleineren Zuwachsraten der Produktion fast unvermindert in diesem und im nächsten Jahr fortsetzen.

Insofern ist es erforderlich, dass die Metall- und Elektroindustrie mit einem kräftigen Anstieg der Löhne und Gehälter in den kommenden Jahren einen spürbaren Beitrag für mehr Wachstum und Gerechtigkeit leistet.

Dazu ist die Metall- und Elektroindustrie in der Lage. Einerseits liegt die Produktivitätsentwicklung in der M+E-Industrie in diesem und im nächsten Jahr mit einem Anstieg von vier bis fünf Prozent weiterhin signifikant oberhalb der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung und sorgt damit für Minderausgaben. Andererseits ist damit zu rechnen, dass die Metall- und Elektroindustrie trotz der abgeschwächten Konjunkturlage ordentliche Gewinne und hohe Renditen einfahren wird. Die Metall und Elektroindustrie kann deshalb einen Beitrag für mehr Wachstum und Gerechtigkeit ohne Probleme finanzieren, auch wenn dann nicht mehr alle Renditeträume in den Himmel wachsen.



## Impressum

### Wirtschaftspolitische Informationen

06 / 2008

08. September 2008

#### Autoren:

Ulrich Eckelmann, Wilfried Kurtzke,  
Martin Krämer, Christian Hoßbach

#### Vertrieb:

Rosita Jany

#### Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand

Wirtschaft, Technologie, Umwelt

D-60519 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (69) 6693 2641

Fax: +49 (69) 6693 80 2641

Mail: [wi@igmetall.de](mailto:wi@igmetall.de)

online: [www.igmetall.de/download](http://www.igmetall.de/download)

Abonnement der wirtschaftspolitischen Publikationen

per mail an : [sarah.menacher@igmetall.de](mailto:sarah.menacher@igmetall.de)